

Bonn, Montag 15. Mai 1972

*Sprecher: Ackermann, Amrehn, Barzel, Birrenbach, Blüm, Czaja, Dregger, [Filbinger], Gradl, von Hassel, Hasselmann, Heck, Kiep, Kiesinger, Köppler, [Krakow], Kraske, Lemke, Lorenz, [Marx], [Mertes], [Mikat], Müller-Hermann, Schwarz-Schilling, Seiters, Stingl, von Weizsäcker, Windelen.*

*Ende: 17.30 Uhr*

*Politische Lage.*

*Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Vorsitzende des am 14. Mai 1972 verstorbenen Theodor Blank.*

#### POLITISCHE LAGE

*Barzel:* Meine Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne diese Sitzung des Bundesvorstands der CDU. Wir haben dazugeladen die Mitglieder, soweit sie der CDU angehören, des Elferrats, das ist der Führungskreis der Bundestagsfraktion, und einige Kollegen, die als besondere Sachverständige gelten. Ich sehe zwei, vor allen Dingen den Kollegen Heck und den Kollegen Czaja, weil wir hier wirklich in einer schwierigen Lage eine wichtige Entscheidung treffen müssen. Um dies zu können, ist Ihnen der Vorsitzende schuldig, einen sehr informativen Bericht zu geben. Aber ebenso ist er Ihnen schuldig, mit seiner eigenen Meinung nicht hinter dem Berge zu halten. Und ich hoffe, daß es in dem Bericht gelingen wird, die Informationsgleichheit unter uns allen herzustellen, denn nur dann kann man eine Entscheidung verantworten, soweit dies möglich ist. Ich habe einige Kollegen vergessen zu begrüßen. Herrn Birrenbach und den Staatssekretär Mertes, und viele andere mehr.

Meine Damen und Herren, ich möchte beginnen, wenn Sie erlauben, mit einigen Vorbemerkungen. Die Bundestagsfraktion hat am 17. Dezember 1971, nachdem es am Abend zuvor eine Sitzung des Parteipräsidiums<sup>1</sup>, wenn ich mich recht erinnere, auch des Parteivorstands gegeben hat, nach meiner Rückkehr aus Moskau, einen Beschluß gefaßt, in dem erst sehr freundliche Worte über mich gesagt werden, dann heißt es: „Das schließt in vollem Umfang die Billigung der Bemühungen von Rainer Barzel ein,

---

1 Protokoll vom 16. Dezember 1971 in ACDP 07-001-1404; Protokoll der Fraktionssitzung vom 17. Dezember 1971 in ACDP 08-001-1028/1. Eine Sitzung des Bundesvorstands fand nicht statt.

das Vertragswerk für die CDU/CSU zustimmungsfähig zu machen durch eine positive Einstellung der Sowjetunion zur EWG, die Aufnahme des Selbstbestimmungsrechts des Deutschen Volkes in das Vertragswerk sowie die verbindlich vereinbarte Absicht, in Deutschland Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen herzustellen.“ Ich will weiter gar nicht fortfahren. Dies ist damals gebilligt worden, und das ist ein wichtiger Punkt, hier hat sich sicherlich unsere Linie nicht verändert.

Die zweite Vorbemerkung, die, glaube ich, zu machen wichtig ist: Ich mache dies mit einem Satz, um Gerüchten vorzubeugen. Wir haben vor 14 Tagen eine Wahl in Baden-Württemberg gewonnen. Das Normalste in der Welt wäre, eine Regierung verantwortlich mit ihrer Mehrheit ihre Politik, und ein Kanzler, dessen Haushalt abgelehnt ist, macht den Weg frei für neue Entwicklungen. Dies ist nicht geschehen.

Drittens: Es ist bewiesen, daß die Bundesregierung unverantwortlich handelte, indem sie ausländischen Mächten Zusagen machte und Verträge unterschrieb, ohne sich zuvor ihrer Mehrheit zu vergewissern und damit das Prestige ausländischer Mächte in die Risiken der deutschen Innenpolitik einbezog.

Viertens: Es würde unserer Verantwortung nicht entsprechen, es bei diesen erstgenannten Punkten bewenden zu lassen, also uns an die gewonnene Wahl zu erinnern, an die normale Situation, daß eine Regierung ihre Mehrheit bringen muß, und daß diese Regierung unverantwortlich war. Wenn wir uns auf diese Position bezögen, würden wir vielleicht der Parteipolitik niedrigerer Grade entsprechen, nicht aber der staatspolitischen Verantwortung, wie wir sie empfinden, seit es diese Partei gibt. Und deshalb glaube ich, es ist eine Pflicht, nicht eine Frage des „Ob“, sondern es ist eine Pflicht, eine Verständigung zu suchen, ohne unsere Prinzipien preiszugeben. An der Pflicht sollte niemand zweifeln. Ob dies möglich ist, ist zur Stunde offen. Ich habe die Absicht, und das sage ich für mich, nach dem Gespräch im Präsidium<sup>2</sup>, aber glaube ich nicht mehr für mich allein, die Verständigung herbeizuführen, wenn dies möglich ist, ohne unseren Prinzipien untreu zu werden. Das ist eine ganz klare Erklärung Ihres Vorsitzenden, der Ihnen schuldig ist, seine Meinung hier zu sagen.

Wir dürfen fünftens nicht übersehen, wir haben in all den anderen Fragen, auf die zur Zeit keiner guckt, zwar nicht eine regierungslose Zeit, aber eine Regierung ohne eine Mehrheit, bei einem abgelehnten Kanzlerhaushalt. Wir dürfen nicht übersehen, daß linke Kräfte in der SPD und außerhalb von ihr im Inland und im Ausland pokern auf die Ablehnung der Verträge, um der Volksfront näher zu kommen. Meine Bemühungen haben einen Sinn auch darin, und ich rufe einige Kollegen hier zu Zeugen, die wußten, daß ich meine Rede damals zum Haushalt des Kanzlers im Oktober 1971 über den inneren Frieden konzipiert hatte, bevor ich wußte, daß der Bundeskanzler am Tag davor den Friedensnobelpreis bekam. Wir hatten damals bereits die Sorge, daß in der mangelnden Bekämpfung des Radikalismus Volksfronttendenzen sich einnisten könnten. Und die wollten wir unterlaufen durch das Angebot der Solidarität der Demokraten. All diese Fragen bleiben wichtig, auch in dem, was jetzt vor uns steht.

Und nun zu dem Bericht im einzelnen. Zunächst behaupte ich, und ich brauche dies

---

2 Protokoll in ACDP 07-001-1405.

nicht im einzelnen auszuführen, es sei denn, dies sollte strittig sein, daß wir bei einem erfolgreichen konstruktiven Mißtrauensvotum in einer ruhigeren und gesicherten Lage dastünden, was die Verträge und was die Innenpolitik betrifft. Daß wir zugleich zur Kenntnis nehmen müssen, daß der Bundeskanzler mir gegenüber die Mitteilung, er mache weiter, mit der Begründung versah, er könne unmöglich einer Fraktion weichen, die nicht imstande sei, einen anderen Bundeskanzler zu wählen. Ich muß diese Dinge hier vortragen, weil wir ja rechnen müssen mit den Parolen, die wir dann bei kämpferischen Situationen draußen bekommen. Das andere, was gesagt werden muß: Die Operation, jetzt hier durch einen staatspolitischen Akt der Vernunft zu versuchen, ob man einen gemeinsamen Weg findet, hat sicher jetzt schon ein Gutes bewirkt, selbst wenn sie nicht zum Erfolg führen sollte. Sie hat dazu geführt, daß niemand mehr sagen kann, die Union sei gegen den Frieden, die Union wolle überhaupt keine Verträge, und sie sei für den Kalten Krieg. Auf die Feststellung „So nicht!“, hat man uns gefragt „Wie denn?“, und dies haben wir beantwortet. Ich komme nachher darauf zurück. Es hat weiter bewirkt, und dies sollten wir als Partei sehen, daß im Bewußtsein – das ist ein demokratiepädagogischer Akt, den man als Demokrat immer zu leisten verpflichtet ist – Opposition nichts in sich Schlechtes ist. Das hat man angefangen zu begreifen. Und ich glaube, Sie sollten gebührend berücksichtigen, daß die Gleichrangigkeit, mit der die Öffentlichkeit den Bundeskanzler und den Führer der Opposition betrachtet, doch auch ein Punkt ist, der aus vielen Gründen etwas für sich hat. Das ist erstritten. Und ich denke, wenn wir dabei immer den Staat im Auge haben, werden wir ein Stück weiter kommen.

Ich komme jetzt zum Vertragswerk. Zunächst die Veränderungen seit der ersten Lesung im Bundesrat und im Bundestag.<sup>3</sup> Wir können nicht umhin, hierbei einzubeziehen, obwohl wir dies nicht sehr hoch würdigen werden, bei der ganzen Operation auch an die öffentliche Meinung zu denken. Daß wir die Zugeständnisse und Scheinzugeständnisse, Entgegenkommen, Bewegungen, wie immer wir sie nennen, die die östlichen Seiten gemacht haben, mindestens in unser Kalkül einbeziehen müssen, wie wenig immer wir davon halten. Da ist einmal die Frage des Dissenses, wo in dem Artikel in der „Prawda“ der russische und der deutsche Text als identisch bezeichnet werden einschließlich des Wortes „unverletzlich“<sup>4</sup>, die Bekanntgabe des Ministerratsbeschlusses über Ostern- und Pfingstreiseerleichterungen<sup>5</sup>, die Behandlung des Briefs zur deutschen Einheit<sup>6</sup>, der paraphierte Handelsvertrag mit der Berlin-Klausel<sup>7</sup>, die

---

3 Vgl. Nr. 22 Anm. 3.

4 Vgl. AdG 1972 S. 16899f.; „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 21. Februar 1972 „Moskau: der Text ist eindeutig“.

5 Vgl. Nr. 23 Anm. 13.

6 Anlässlich der Unterzeichnung des Moskauer Vertrages wurde der „Brief zur deutschen Einheit“ im sowjetischen Außenministerium übergeben. Abdruck: BT-Drs. VI/3156 S. 5. Vgl. auch AAPD 1971 Dok. 70.

7 Am 7. April 1972 wurde in Moskau das deutsch-sowjetische Handelsabkommen paraphiert, vgl. BULLETIN Nr. 51 vom 11. April 1972 S. 727f.; „Stuttgarter Zeitung“ vom 8. April 1972 „Deutsch-sowjetischer Handelsvertrag mit Berlin-Klausel paraphiert“.

Erklärung Breschnews zur EWG<sup>8</sup>, die Behandlung des Briefs im Obersten Sowjet<sup>9</sup>. Das alles ist nicht genügend, aber anders als beim Stand der ersten Lesung. Und es ist dann festzustellen, daß – ich will dies im einzelnen nicht dartun, weil ich glaube, daß das Herr von Weizsäcker nachher machen wird – die innerdeutschen Dinge bekannt und z. T. nicht bekannt sind. Ich wiederhole hier den scherzhaften Hinweis eines bedeutenden Bonner Journalisten, der mir sagte: „Barzel, jede Woche ein konstruktives Mißtrauensvotum, und Du hast binnen Jahresfrist Deinen Stufenplan<sup>10</sup> durchgesetzt.“ Das ist etwas optimistisch, aber es enthält einen ganz klaren Punkt an Wahrheit, ganz sicher.

Unsere Politik hier ist nun, und ich möchte das noch einmal sagen, um es ganz zu verdeutlichen, keineswegs zur Verwirrung beizutragen und ganz sicherlich auch nicht, uns nur genügend Zeit zu nehmen, um eine neue Politik zu formulieren. Unsere Politik ist die, die Sie kennen. Einer der Gründe für die Ablehnung des Vertragswerkes war, daß sie mit einem Dissens belastet ist, mit einem unterschiedlichen Inhalt, der Konfliktstoff für die Zukunft in sich birgt, insbesondere bei der Ungleichheit der beiden Partner. Es war deshalb unser Bemühen, als wir in die Gemeinsamkeitsrunde gingen, die uns aufgezwungen war durch das gescheiterte Mißtrauensvotum<sup>11</sup>, entweder zu erreichen, den Dissens – und der besteht in der Frage, ist dies alles endgültig oder ist dies vorläufig, um es sehr oberflächlich zu formulieren – entweder zu schließen oder so offenbar zu machen, daß hier eine ganz neue Situation auch parlamentarisch entstehen wird. Dies war und ist unsere Absicht. Also die Frage, wird hier beschrieben oder wird hier festgeschrieben, deutlich zu machen, wer hat hier eigentlich recht? Deshalb unsere Taktik, dies erste war wohl etwas mehr als Taktik, in den Gesprächen mit der Koalition die Worte der Bundesregierung zu benutzen, die diese in amtlichen Schriftstücken dem Bundestag gegenüber benutzt hat, um festzustellen, ob sie bereit ist, diese eigenen Worte in eine Entschließung mit uns zu packen, und falls ja, ob sie bereit ist, das der Sowjetunion zur gehörigen Bestätigung zuzuleiten. Dies ist die Kriegskunst.

Das bedeutet natürlich, wenn es gelänge, den Dissens zu schließen, müßten wir prüfen, ob wir vom „So nicht!“ in eine andere Situation kommen. Das bedeutet, wenn es jetzt nicht gelingt, den Dissens zu schließen, wenn er noch offenkundiger wird, als er ist, sei es, daß die Regierung sich weigert, ihre eigenen Worte uns gegenüber in den

---

8 Rede Breschnews auf dem 15. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften am 20. März 1972 in Moskau, vgl. Werner WEBER/Werner JAHN: Synopse zur Deutschlandpolitik. Göttingen 1973 S. 977 f.; AAPD 1972 Dok. 67.

9 Sitzung des Obersten Sowjet am 12. April 1972 in Moskau, vgl. AdG 1972 S. 17017–17020; „Die Welt“ vom 17. März 1972 „Brandt erklärt im Auswärtigen Ausschuß: Moskau will Brief zur deutschen Einheit zur Kenntnis nehmen“; FAZ vom 13. April 1972 „Gromyko: Keine Berlin-Regelung ohne die Ostverträge“.

10 Barzel formulierte seinen sog. Stufenplan in einem „Zum Kern des Problems vorstoßen“ überschriebenen Beitrag im DUD (Nr. 2 vom 4. Januar 1972 S. 1–6). Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 5. Januar 1972 „Barzel fordert innerdeutsche Freizügigkeit“; „Die Welt“ vom 5. Januar 1972 „Barzel fordert Stufenplan für Freizügigkeit in Deutschland“; GRAU S. 244 f.

11 Vgl. Nr. 24 Anm. 6. – Zu den Gesprächen zwischen Regierung und Opposition vgl. GRAU S. 298–368; zum „Wortlaut der gemeinsamen Resolution“ vgl. „Die Welt“ vom 10. Mai 1972.

Mund zu nehmen, sei es, daß sie sich weigert, die Sowjetunion um die gehörige Bestätigung zu bitten, daß wir dann vom „So nicht!“ zu einem klaren „Nein“ würden kommen müssen. Bei diesem Nein wären wir dann in der Lage, im Bundestag zu sagen „Sorry, wir müssen dies ablehnen, weil hier ein Vertragsinhalt vorliegt, der nicht stimmt, weil die Regierung uns betrogen hat“. Und hier wäre sicherlich kein Vorwurf an die Sowjetunion zu richten. Dies, meine Freunde, ist wichtig. Es ist wichtig, dies zu wissen. Das würde ich Sie bitten, zunächst vertraulich zu handhaben, weil wir ja nicht zusammengekommen sind, jetzt die Munitionskiste für neuen Streit aufzuladen. Das können wir immer noch machen mit dem berühmten Satz: „Dies ist also ein *Modus vivendi*-Vertrag, der dem Friedensvertrag nicht vorgreift und die deutsche Frage offen hält“. Ein Satz der Bundesregierung auf unsere Frage in der Großen Anfrage, Drucksache sowieso, vom 11. November 1971.<sup>12</sup> Diesen Satz weigert sich die Regierung bis zu dieser Stunde aufzunehmen in eine gemeinsame Erklärung, obwohl sie ihn im Parlament gesagt hat. Begründung: Hintenherum sei zu hören, daß man auf Warschauer Seite Bedenken gegen diese Aussage der Regierung angemeldet hat.

Wie immer das ausgeht, und ich komme gleich zu den Einzelheiten, der Vorwurf bleibt auf jeden Fall an die Regierung zu richten, daß wir bei Gemeinsamkeit von Anfang an Besseres erreicht hätten, daß hier zu schnell, zu flüchtig und nicht gut verhandelt worden ist, daß der Bundeskanzler in eine Sackgasse geführt hatte, daß er leichtfertig gehandelt hat. Daß wir aber, meine Freunde, im übergeordneten Interesse uns daran erinnern müssen, und ich spreche jetzt mal ein anspruchsvolles Wort aus, daß der Eid, den man leistet, nicht nur von „Nutzen mehren“ sondern auch von „Schaden wenden“ spricht. Dies Letztere ist vielleicht jetzt mehr gefragt, aber nicht um den Preis, daß wir den Schaden dadurch vermehren, daß dieser Staat die einzig intakte Alternative, nämlich diese Union verliert, weil wir jetzt intern Streit kriegen würden.

Zu den einzelnen Punkten: Zunächst möchte ich Sie über die Geschäftslage in Kenntnis setzen. Und ich nehme an, daß bis Freitag der Informationsstand bei allen ungefähr gleich ist, weil ja die meisten hier auch an einer Sitzung der Fraktion teilgenommen haben<sup>13</sup>, wofür ich mich bedanke. Ich bekam gestern abend, 18.30 Uhr, einen Brief des Bundeskanzlers, in dem er mich einlud in aller Form – Sie konnten dies heute auch in der Zeitung sehen – heute morgen um 9.00 Uhr mit ihm und seiner Delegation erneut zusammenzutreffen. Ich habe ihm eine halbe Stunde später sagen lassen, nach Abstimmung mit der CSU, wir könnten dies heute – falls überhaupt – frühestens abends. Wir hätten Gremien, die wir bräuchten und nicht ausladen könnten. Dies sei wichtig, wir könnten also frühestens abends. Der Bundeskanzler hat mich heute dann noch einmal angerufen, und ich gehe in meinem Bericht eben auch sehr weit, da ich meine, Sie müssen ja wissen, was los ist, und zwar kurz vor 11.00 Uhr, wann wir denn nun sprechen könnten. Ich habe gesagt: „Ich habe Ihnen doch gestern gesagt, frühestens 20.00 Uhr“. Und ich habe ihm dann gesagt, außerdem kriegte ich gerade eine Entschließung auf den Tisch – ich komme nachher darauf zu sprechen, wenn ich

---

<sup>12</sup> Vgl. Nr. 20 Anm. 15.

<sup>13</sup> Protokoll vom 10. Mai 1972 in ACDP 08–001–1030/1.

zur Sache mehr komme – des Landesverbandes Westfalen<sup>14</sup>, die ich gerade mit großem Interesse läse, und er möchte sie vielleicht auch einmal lesen.

Zweiter Punkt zu den Tatsachen. Der Bundeskanzler hat am Freitag erklärt, daß er in seiner Rede zur zweiten Lesung des Vertragswerkes zunächst auf jeden Fall, ob wir uns einigten oder nicht, den Beitrag der Opposition und früherer Regierungen würdigen würde. Zweitens, was die Freizügigkeit betrifft, sei er bereit, einen Kontaktausschuß auf hoher Ebene ins Leben zu rufen. Wir haben bisher einen Informationsausschuß. Das heißt, nach vorhandenen Entscheidungen der Regierung – der Kollege Marx gehört diesem Ausschuß mit dem Kollegen Wagner an – werden die informiert. Sie werden nicht gefragt, und sie werden auch nicht vorher konsultiert. Das ist wohl das Verfahren, Herr Marx. Er bietet jetzt einen Ausschuß an, wo wirklich eine gemeinsame innerdeutsche Politik betrieben wird. Ich bitte, diesen Punkt, falls Sie intern bilanzieren, auf die interessantere Seite zu setzen, weil das natürlich bedeutet, daß für den Fall weiterer menschlicher Erleichterungen das aus einem gemeinsamen Gremium hervorgeht. In einer weiteren Frage wollte er sich erklären. Es gelte nur, was im Vertrag stehe, es gebe keine Geheimabreden. Er habe die Absicht zu sagen, er habe sich vergewissert, daß die Sowjetunion Kenntnis von allen Erklärungen der Bundesregierung habe und keinen Anlaß zum Widerspruch sehe, und er habe sich auch vergewissert, daß die Sowjetunion der Entschließung, die zur Abstimmung stehe, werde zustimmen können. Außerdem wolle er eine Erklärung abgeben zur Frage Sowjetunion und EWG. Wir haben dann weiter gestern abend erhalten um 18.30 Uhr vom Außenminister den Entwurf einer Bundestagsentschließung. Sie läuft bei mir noch unter „streng vertraulich“. Ich habe sie deshalb hier nicht ablichten lassen, ich möchte Sie Ihnen vorlesen, wenn Sie dies erlauben. Und ich gehe davon aus, daß Sie die Ursprungserklärung der Bundesregierung mit den sechs Punkten, wenn nicht aus meinen Berichten im Ohr haben, dann aus der „Bild-Zeitung“.<sup>15</sup> Das war also so, daß „Seid nett zueinander“ geradezu eine konkrete Verhaltensanregung ist gegenüber diesen sechs Punkten der Regierung. Ich fühle mich hier wegen der Verantwortung, die wir alle eingehen, verpflichtet, dieses Papier Ihnen zu verlesen, und sage gleich vorweg, so, wie ich Ihnen das vorlese, ist es für mich nicht ausreichend:

„Aus Anlaß der Abstimmung über den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepublik vom sowieso und dem

---

14 Vgl. Protokoll der Landesvorstandssitzung der CDU Westfalen-Lippe vom 6. Mai 1972 in ACDP 03–002–398/1. Darin werden Klarstellungen für eine mögliche Zustimmung zu den Verträgen von Moskau und Warschau verlangt.

15 Am 1. Mai 1972 übergab die Bundesregierung der CDU/CSU-Fraktion einen ersten Entwurf für eine gemeinsame Entschließung des Bundestages zu den Ostverträgen. Die sechs Punkte umfassende Erklärung wurde am 2. Mai 1972 von Barzel der Fraktion vorgetragen (Protokoll in ACDP 08–001–1029/1). Am 7. Mai 1972 wurde der Opposition ein überarbeiteter Entwurf für die gemeinsame Entschließung überreicht (Text in ACDP 01–356–244); Annahme der Entschließung durch den Bundestag am 17. Mai 1972 (Sten.Ber. 6. WP 187. Sitzung S. 10943). Vgl. dazu GRAU S. 300–319 sowie den Entwurf für eine „Zusammenstellung zu den Ostverträgen – Entwicklung während der Ratifizierungsdebatte“ (datiert 16. Juni 1972 in ACDP 01–356–244).

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehung von sowieso erklärt der Deutsche Bundestag:

Erstens: Oberstes Ziel unserer Außenpolitik ist die Erhaltung des Friedens in Europa und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland. Die Verträge mit Moskau und Warschau, in denen die Vertragspartner feierlich und umfassend auf die Anwendung und Androhung von Gewalt verzichten, dienen diesem Ziel.

Zweitens: Die Verträge nehmen keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland vorweg. Bei Abschluß der Verträge handeln die Organe der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der durch das Grundgesetz festgelegten Kompetenzen. Die Verpflichtung, die die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Grenzfrage im Warschauer Vertrag eingegangen ist, hat sie daher im eigenen Namen übernommen. Die Verträge nehmen zu den Rechtsgrundlagen der bestehenden Grenzen nicht Stellung und greifen einer zukünftigen Friedensregelung mit einem gesamtdeutschen Souverän nicht vor. Das unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung wird durch die Verträge nicht berührt. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland, die eine friedliche Wiederherstellung der nationalen Einheit im europäischen Rahmen anstrebt, steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen. Mit der Forderung auf Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes erhebt die Bundesrepublik Deutschland keinen Gebiets- oder Grenzänderungsanspruch. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die fort-dauernde und uneingeschränkte Geltung des Deutschland-Vertrages und der mit ihm verbundenen Abmachungen und Erklärungen von 1954<sup>16</sup> sowie die Fortgeltung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken am 13. September 1955 geschlossenen Abkommens<sup>17</sup> von den Verträgen nicht berührt wird. Die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin werden durch die Verträge nicht berührt. Der Deutsche Bundestag hält angesichts der Tatsache, daß die endgültige Regelung der deutschen Frage im ganzen noch aussteht, den Fortbestand dieser Rechte und Verantwortlichkeiten für wesentlich.

Drittens: Hinsichtlich der Bedeutung der Verträge verweist der Deutsche Bundestag darüber hinaus auf die Denkschriften, die die Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zusammen mit den Vertragsgesetzen zum Moskauer und Warschauer Vertrag vorgelegt hat.<sup>18</sup>

---

16 Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954, BGBl 1955 II S. 306. Text im Internet: <http://www.documentarchiv.de/brd/dtlvertrag.html>.

17 Schreiben von Bulganin an Adenauer vom 13. September 1955 über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik sowie Schreiben Adenauers. Vgl. DZD III/1 S. 335 f.

18 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag) vom 12. August 1970, BGBl 1972 II S. 353. – Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) vom 7. Dezember 1970 (BGBl. 1972 II S. 361).

Viertens: Die Bundesrepublik Deutschland steht fest im Atlantischen Bündnis, auf dem ihre Sicherheit und ihre Freiheit nach wie vor in erster Linie beruhen.

Fünftens: Die Bundesrepublik Deutschland wird die Politik der europäischen Einigung zusammen mit ihren Partnern in der Gemeinschaft unbeirrt fortsetzen mit dem Ziel, die Gemeinschaft stufenweise zu einer politischen Union fortzuentwickeln. Die Bundesrepublik Deutschland geht dabei davon aus, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder die Zusammenarbeit mit der EWG aufnehmen werden.

Sechstens: Die Bundesrepublik Deutschland bekräftigt ihren festen Willen, die Bindungen zwischen Berlin-West und der Bundesrepublik Deutschland gemäß dem Vier-Mächte-Abkommen und den deutschen Zusatzvereinbarungen aufrechtzuerhalten und fortzuentwickeln. Sie wird auch in Zukunft für die Lebensfähigkeit der Stadt und das Wohlergehen ihrer Menschen Sorge tragen.

Siebtens und letztens: Die Bundesrepublik Deutschland tritt für die Normalisierung des Verhältnisses zwischen den beiden Teilen Deutschlands ein. Sie geht davon aus, daß die Prinzipien der Entspannung und der guten Nachbarschaft in vollem Maße auf das Verhältnis zwischen den Menschen und Institutionen der beiden Teile Deutschlands Anwendung finden werden.“

Dies ist das, was uns vorgelegt ist zur Zustimmung. Ich kann Ihnen sagen, ich persönlich bin nicht bereit, auf dieser Basis zuzustimmen. Sie hören da zwar beim Vorlesen alle Worte, die man hören möchte, aber auch Formulierungen, die nicht in Ordnung sind. Freilich, denken Sie an die Öffentlichkeit, die natürlich in diesem Papier, weil alle Worte drin sind, eigentlich schon einen Sieg von uns sehen wird. Über die Sache Europa brauche ich nichts mehr zu sagen, daß dies, was hier steht, ein Fortschritt ist gegenüber den nicht nur Gerüchten, sondern Annahmen, die wir hatten nach der Reise des Kanzlers auf die Krim und der Erklärung, die politische Union sei Sache der nächsten Generationen.<sup>19</sup> Dies ist ganz klar eine feste – wenn man es glauben kann, das können Sie mir immer sagen – eine ganz klare Verankerung der Westpolitik, wie sie wichtig ist. Was die innerdeutschen Dinge betrifft, so gab es noch einen vertraulichen Kontakt mit dem Ziel, die Dinge noch fester zu machen, als sie sind, mit Zusagen der anderen Seite. Das ist zu einem geringen Teil, zu einem sehr geringen Teil gelungen. Zum Punkt Protokolle: Da wissen Sie, hatte ich angeboten, im Einverständnis mit meinen Freunden, daß Kurt Birrenbach in meinem Auftrag das einsehen sollte. Herrn Birrenbach – und ich jetzt berichte anhand eines Textes, den ich mit Kurt Birrenbach verabredet habe – danke ich für diese Wahnsinnsarbeit dieser Tage: (*Beifall.*) „Dr. Kurt Birrenbach berichtet dann heute dem Vorsitz der CDU/CSU usw. über das Ergebnis seiner Kenntnisnahme der vertraulichen Verhandlungsnotiz. Dr. Birrenbach teilte dem Vorsitzenden mit, daß er in der kurzen Zeit nur einen Bruchteil des sehr umfangreich vorhandenen Materials habe zur Kenntnisnahme nehmen können. Bei größter Beschleunigung würde er mindestens 14 Tage benötigen, um diese Kenntnisnahme zu beenden und um ein eindeutiges, objektives Urteil abgeben zu können. Für den Fall, daß diese 14 Tage nicht zur Verfügung stehen sollten, was er bedauern würde,

---

19 Vgl. Nr. 19 Anm. 13.

empfiehlt Herr Birrenbach, mit nein zu stimmen, es sei denn, daß ein ausreichendes Papier zustandekäme und dieses von der Sowjetunion verbindlich gemacht würde.“<sup>20</sup> So weit zu diesem Punkt.

Wenn ich also mir jetzt ansehe die Protokolle, so ist da eine Bewegung, die noch nicht ausreichend ist. Wenn ich mir ansehe Europa, so sind wir da unserem Ziel am nächsten. Wenn ich mir ansehe Freizügigkeit, so ist das eine Frage, die subtilerer Behandlung bedarf über das, was jetzt möglich ist. Wenn ich mir ansehe, was mit dem Selbstbestimmungsrecht ist, dann möchte ich Ihnen sagen, daß es hier um zwei Dinge im wesentlichen geht, und darum wird es gehen, wenn wir heute um 20.00 Uhr versuchen festzustellen, ob wir zusammenkommen oder ob wir nicht zusammenkommen. (*Amrehn*: Ist denn dazu schon eingeladen?) Vielleicht fragen wir nachher. Zunächst möchte ich sagen, es gibt einen Punkt, der für uns fundamental ist, er ist unaufgebbar. Er befindet sich auch in dem Papier der westfälischen Freunde, auf das ich nachher noch komme. Das heißt, dies ist ein *Modus vivendi*, und die deutsche Frage wird nicht präjudiziert. Das ist ein Punkt, da können wir nicht dran vorbei. Die andere Frage ist, wie wird es von der Sowjetunion verbindlich gemacht? Hier haben wir nun also viele Tage diskutiert und festgestellt, daß wie immer die Rechtsgelehrten unterschiedlicher Meinung sind. Übers Wochenende haben die Kollegen von uns, die in dieser Frage besonders tätig sind, sicher jeder noch drei, vier, fünf Zuschriften, Anrufe, Telegramme von weiteren Rechtsgelehrten bekommen. Dies alles hat nicht zur größeren Klarheit geführt über die Frage, wie man so etwas verbindlich macht. Wir liegen fest in einer Sache, daß die widerspruchslose Hinnahme alleine uns nicht genügt. Und ich kann Ihnen deshalb nur empfehlen – und in dieser Frage bin ich, was mich betrifft, auch völlig entschlossen – sich ausschließlich auf folgenden Vorschlag hier zu verständigen. Wer den nicht annimmt, hat etwas zu verbergen, und wer mehr verlangt, kommt in den Verdacht, er wolle hier eine Forderung stellen, um die Sache kaputt zu machen. Wir müssen das Verfahren wählen, das die Vier Mächte beim Abschluß des Berlin-Abkommens gewählt haben. Da gab es eine Sache, und die Frage war, wie weit bestätigt die Sowjetunion etwas. Die Drei Mächte haben an den sowjetischen Botschafter eine Note geschickt, Anlage zu der Note war der Brief der Drei Mächte an den Kanzler, in dem sie sagen, wie das alles im einzelnen sein soll mit den Behörden, mit dem Bundestag usw.<sup>21</sup> Diese wichtige Note ist von der Sowjetunion wie folgt aufgenommen worden, durch eine Antwortnote, in der es heißt, sie ist sieben Zeilen lang, deshalb kann ich sie vorlesen:

„Der Botschafter beehrt sich, den Empfang der Note der Botschafter von Frankreich, Großbritannien/Nordirland und USA vom 3. September 1971 zu bestätigen und nimmt von der Mitteilung der drei Botschafter Kenntnis.“<sup>22</sup> Dies ist eine Form, die im

---

20 Vgl. die Darstellung Birrenbachs über die Akteneinsicht in ACDP 01–433–142/3. Zu seiner Reaktion auf die Stellungnahme Barzels vgl. seinen Brief an Barzel vom 18. Mai 1972 (ACDP 01–433–142/3). Vgl. auch GRAU S. 316.

21 Druck: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.): Das Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971. Bonn 1971, hier S. 30–32.

22 Vgl. ebd. S. 30.

Zusammenhang mit dem Vertragswerk gebraucht worden ist. Darauf sollten wir uns politisch einstellen. Wenn wir mehr verlangen, wird man sagen, „Ihr habt wohl nicht alle auf der Latte“, wenn wir weniger verlangen, sagen die, „Ihr habt irgendwas zu verbergen“. Was den drei Westmächten recht war, muß uns billig sein und der Sowjetunion auch. Denn ich glaube, bei weiteren rechtlichen Interpolationen werden wir auch nicht sehr viel weiter kommen. Stützen wir uns auf dieses Präjudiz.

Damit möchte ich die Abteilung „Stand des Vertragswerks“ aufgrund unserer eigenen Einlassungen verlassen und einen weiteren Gedankengang hinzufügen, der, wie ich glaube, in diesem politischen Führungsgremium der Partei auch in die Debatte hierzu eingeführt werden muß, nämlich die Frage der innenpolitischen Zusammenhänge und der notwendigen Erwägungen.

Der erste Punkt, den ich sagen möchte, wenn ich unsere Politik bisher richtig verstanden habe seit 1949: Es war immer unser erster Punkt, diese Bundesrepublik Deutschland gesund, stabil, intakt und frei zu halten, auch als Voraussetzung für eine gesamtdeutsche Politik. Denn Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen setzt voraus, daß das Selbstbestimmungsrecht intakt eingehalten werden kann. Warum erwähne ich dies als Nummer 1? Einmal, wir dürfen nicht übersehen, und ich wiederhole dies bewußt, weil die DKP und die Linken in der SPD wollen, daß wir weiter Krach haben über die Verträge, ob mit Wahlen oder ohne Wahlen, ob abgelehnt oder angenommen. Und nehmen Sie ganz ernst die Mahnungen der Moskauer Presse und des Rundfunks<sup>23</sup>, die warnen, die Gemeinsamkeit hier herzustellen.

Ich wiederhole noch mal, fänden wir uns, ich sehe dies noch nicht, in einer Gemeinsamkeit, so würde die Solidarität der Demokraten – und aus der Verantwortung aller – sicherlich den Volksfronttendenzen mindestens auf geraume Zeit eine Schlappe erteilen. Und wenn wir ehrlich sind mit dem Wahlerfolg in Baden-Württemberg, dann gab es dort eine Angst. Eine Angst, die ich einmal formuliert habe, und ich weiß, daß Hans Filbinger und die Freunde, die sie noch besser kannten, dem zugestimmt haben: Die außenpolitisch als notwendig begriffene Öffnung nach Osten drohte zugleich, innenpolitisch mit einer Öffnung für den Sozialismus Hand in Hand zu gehen. Dies letzte Argument war sicherlich bei sehr vielen ausschlaggebend. Dies dürfen wir nicht unterschätzen. Und deshalb bitte ich eben auch an alles zu denken, was in dem vorhandenen Papier in Sachen Europa und innerdeutsch schon erstritten ist, im Kern der Sache aber noch nicht ausreichend erstritten ist.

Zweitens, was wären die Folgen des Nein? Wir müssen in Aussicht nehmen oder ins Auge fassen die Situation von Neuwahlen nach dem Scheitern der Regierung. Das verstärkt nicht nur die eben genannten Befürchtungen, sondern kommt auch einem Volksentscheid näher, wiewohl wir, meine Freunde, niemals aus Angst vor Wahlen das Falsche tun dürfen. Wir müssen bedächtig und besonnen sein und dies abwägen.

Die andere Folge des Neins kann sein – und das wäre ja nun ungefähr eine ziemlich

---

23 BPA/Ostinformationen (ACDP Dokumentation 0/071/01–e–UdSSR); FAZ vom 8. Mai 1972 „Der Kampf um die Verträge“; „Die Welt“ vom 13. Mai 1972 „In Moskau wächst die Ungeduld über das Zögern in Bonn“.

schwierige Geschichte – die Regierungsübernahme durch ein erneutes konstruktives Mißtrauensvotum nach Scheitern. Ich glaube daran nicht. Und zwar nicht deshalb, weil der Bundespräsident vielleicht das Mißtrauensvotum schon für konsumiert hält, was ich für verfassungswidrig halten würde, sondern weil man so was dann eigentlich ohne Not nicht noch mal praktizieren sollte.

Die letzte Möglichkeit, und hier bitte ich die Nicht-Bundestagskollegen um Verständnis, daß ich das etwas erklären muß. Es gibt immer noch eine Möglichkeit, vor dem Scheitern der Verträge zu handeln. Wir haben morgen 15.00 Uhr verabredet, daß dann Bundestag ist. Das ist verabredet. Wir haben verabredet, daß zwei Punkte des Vermittlungsausschusses auf der Tagesordnung stehen, das ist verabredet.<sup>24</sup> Es ist nicht verabredet, daß die Verträge morgen gelesen werden. Es ist angemeldet der Wunsch der Koalition, dies zu tun, und zwar fristgerecht. Wir haben dem nicht zugestimmt. Mithin möchte die Koalition für den Fall einer kämpferischen Lage morgen mittag versuchen, das auf die Tagesordnung zu bringen. Ob ihr dies gelingt, steht in den Sternen. Wenn es in dieser Abstimmung gelingt, die Präsenz auf unserer Seite da zu haben, und es gelingt, den Kollegen von Kühlmann-Stumm, an dessen Haltung zur Sache nicht der geringste Zweifel erlaubt ist, dann steht es 248:248 bei den Stimmberechtigten. Bei dieser Abstimmung sind aber die Berliner Freunde voll mit wirksam. Bei denen steht nach der Papierform 12:10. Wenn die alle stimmen, einschließlich eines Kollegen, eines Berliner Sozialdemokraten, der immer sagt, er würde die Verträge ablehnen, was man ja nicht weiß, und es der Regierung selbst gelänge, mit dieser einen Stimme das auf die Tagesordnung zu bringen, hätte sie damit zum letzten Mal bewiesen, wie unverantwortlich dies ist, weil nicht 248 Stimmen da stehen. Es besteht aber sehr wohl Anlaß, auch für möglich zu halten, daß es der Regierung nicht gelingt, die Sache auf die Tagesordnung zu bringen. Dieses letzte Instrument sollte man auf gar keinen Fall ohne Not aus der Hand geben. Weil dies auch für die Willensbildung unter uns sicher wichtig ist, obwohl ich – ehrlich gesagt – selber lieber in der Sache die Entscheidung sehen würde.

Dann gibt es eine Möglichkeit einer Annahme der Verträge trotz des Nein von uns, sagen wir mal, weil einer plötzlich schwer krank wird, um einen anderen Fall völlig auszuschließen. Dies würde natürlich für uns bedeuten, daß alle Folgegesetze und Folgeverträge von uns logischerweise auch abgelehnt werden müßten und wir damit das Thema bis zur Bundestagswahl immer weiter auf der Tagesordnung hätten.

Die Folgen des Ja: Zunächst, sehr viele haben unser „So nicht!“ als Nein oder als Nie interpretiert. Uns geht es um unsere Frage der Glaubhaftigkeit. Andere haben aber unser „So nicht!“, z. B. die Führung im baden-württembergischen Wahlkampf, interpretiert als ein Ja für bessere Verträge.

Nächster Gedanke, Folgen des Ja: Ich spekuliere nicht, wenn ich folgenden Satz

---

24 Am 17. Mai 1972 fand die 2. Beratung und Schlußabstimmung über den Moskauer und Warschauer Vertrag statt, vgl. Sten.Ber. 6. WP 187. Sitzung S. 10931–10945. Die CDU/CSU-Fraktion reichte einen Entschließungsantrag ein (Umdruck 288, vgl. ebd. S. 10961). – Zu den beiden Punkten des Entwurfs der CDU/CSU vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 18. Mai 1972 „Opposition nahm Abstriche hin“.

sage. Wesentliche Kräfte in der FDP würden sich freier fühlen für das Jahr 1973. Nächste Folge des Ja: Die Bundesregierung bliebe bis 1973 im Wahlkampf. Wir kriegen dann einen innenpolitischen Wahlkampf und würden durch die Gemeinsamkeiten der Europapolitik auch die möglichen Erfolge einer europäischen Gipfelkonferenz nicht nur auf die Mühlen der Regierung laufen lassen.

Meine Freunde, ich glaube, dies alles gilt es abzuwägen. Dies Außenpolitische, dies Innenpolitische, und das in einer Weise, daß wir am Schluß vor uns selbst vor unserer Verantwortung, vor unseren bisherigen Einlassungen und vor der Überlegung bestehen können et respice finem – und überlege das Ende.

Darf ich zunächst sagen, daß die Befürchtung, die einige hatten, daß die CSU heute vormittag durch ihren Vorstand ein *Fait accompli* schaffen würde, falsch ist. Die CSU ist auf einer Linie, wie ich sie hier vortrage, wie sie besprochen ist, d. h. auf einer Linie, der jetzige Stand der Gespräche bedeutet Nein zu den Verträgen. Man könnte aber ein anderes Votum geben, wenn neben den befriedigenden Lösungen der Fragen Europa und Freizügigkeit in einer gemeinsamen Bundestagsresolution klar zum Ausdruck gebracht würde, daß durch diesen Vertrag die deutsche Frage offen bleibt und Grenzen erst endgültig durch einen Friedensvertrag geregelt werden können, und wenn ferner die Sowjetunion eine solche Resolution nicht nur entgegennehmen, sondern bestätigen würde.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen außerdem hinlegen lassen den Text, den die CDU Westfalen-Lippe, mein eigener Landesverband – wie ich hier schwöre – ohne meine Mitwirkung beschlossen hat. Ich glaube, daß die Sätze, die dort drin stehen, eine gute Leitlinie sein sollten für die Verhandlungen von heute abend. Meine Damen und Herren, ich möchte noch folgendes in die Debatte einführen, bevor ich zusammenfasse.

Wir haben, was uns betrifft, einen Beschluß des Parteipräsidiums vom 26. August 1970<sup>25</sup>, und ich nehme bewußt diesen Beschluß, weil es damals, wie manche Beteiligten sich erinnern, zwischen dem 10. August, unserem Brief<sup>26</sup>, und dem 26. August ein paar kleine parteiinterne Mißverständnisse gab. Wir haben gesagt, wir haben entscheidende Bedenken. Und Kollege Kiesinger und Heck sagten damals, wir müssen präzisieren, was sind diese entscheidenden Bedenken. Das fand statt in einer Sitzung vom 26. August 1970, und da wurden folgende fünf Punkte formuliert, und das ist die härteste Aussage, die wir haben, und deshalb ist es gut, das zum Maßstab zu nehmen.

1. Das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung ist gefährdet.
2. Die Festlegung von Grenzen muß einem Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten bleiben.
3. Konkrete Verbesserungen in den innerdeutschen Beziehungen, vor allem mehr Freizügigkeit für Menschen und Ideen in ganz Deutschland sind bisher nicht gewährleistet.
4. Die Fragen der Sicherung des freien Berlin und seiner Zukunft sind ungeklärt.

---

25 Vgl. Nr. 9 Anm. 62.

26 Vgl. Nr. 9 Anm. 21.

5. Die Politik der Bundesregierung, die diesem Vertrag zugrunde liegt, bedroht die Fundamente der westlichen Integration und Bündnispolitik.

An diesen Worten werden wir uns und wird man uns auch in der Öffentlichkeit sicherlich gemessen haben. Meine Freunde, was habe ich Ihnen zu empfehlen? Ich habe Ihnen zu empfehlen, daß Sie hier die Sache ausgiebig diskutieren, daß Sie Ihrem Vorsitzenden zustimmen in seinem Bemühen, alles zu versuchen, um eine Einigung zu erreichen, ohne unsere Prinzipien aufzugeben. Daß das praktisch bedeutet, daß das von mir vorgelesene Papier der Regierung nicht ausreicht, daß es für uns wohl in einem anderen Licht erscheinen könnte, wenn a) die Gedanken der Westfalen hereinkommen, und b) die Sowjetunion reagiert nach der Melodie, wie sie auf die Westmächte reagiert haben beim Berlin-Abkommen. Das, meine Freunde, ist mein Bericht. Ich hoffe, er war präzise. Ich hoffe, er war klar und der Situation entsprechend. Was das falscheste wäre, wäre jetzt, bevor das allerletzte versucht ist, und bevor die Fraktion Gelegenheit hatte, sich zu äußern, etwa definitive Sachen hier zu sagen. Dies würde ich für einen Fehler halten. Auf der anderen Seite weiß ich, daß dieser Vorstand möglicherweise nicht noch einmal zusammenkommen wird, bevor die Fraktion in dieser oder jener Lage morgen votieren muß, so daß natürlich Meinungsäußerungen hier auch erwünscht sind für diesen Fall. Aber ich würde mich wehren gegen einen Beschluß, der es uns nicht möglich macht, nun bis zum bitteren Ende zu versuchen, was ist in der Sache drin, wie weit ist die Regierung bereit, ihre eigenen Worte ernst zu nehmen und der Sowjetunion zu geben. So weit der Bericht. (*Beifall.*)

*Kraske:* Darf ich eines vorweg sagen: Ich lasse jetzt einen Entschließungsentwurf verteilen, der im Präsidium, das eben getagt hat, beraten und angenommen wurde, Ihnen vom Präsidium vorgelegt wird.<sup>27</sup> Es ist vielleicht gut, wenn das der Aussprache zugrunde liegt. Herr Ministerpräsident Stoltenberg hat sich mit einem Fernschreiben für die heutige Sitzung entschuldigen müssen. Da er, glaube ich, der einzige ist, der fehlt, Herr Lemke wird etwas später kommen, darf ich vielleicht zur Einleitung in die Debatte Ihnen das Fernschreiben vorlesen: „Da ich infolge eines offiziellen Besuches in Schweden am Montag zu meinem Bedauern in Bonn an den Sitzungen nicht teilnehmen kann, möchte ich Sie aufgrund der Beratung im CDU-Landesausschuß über unsere Meinungsbildung unterrichten. Die bisherige Verhandlungsführung in den Gesprächen mit der Bundesregierung hat die volle Zustimmung unserer Freunde gefunden. Das Vertragswerk erscheint dann grundsätzlich zustimmungsfähig, wenn eine befriedigende Erklärung vom Bundestag verabschiedet wird und die Sowjetunion gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck bringt, daß diese Erklärung mit dem Inhalt des Vertrages vereinbar ist. Die Form, in der diese Rückäußerung erfolgt, muß sich aus den Verhandlungen ergeben. Ferner ist die angestrebte gemeinsame Erklärung für mehr Freizügigkeit in Deutschland von großer Bedeutung. In der Diskussion

---

27 Protokoll der Präsidiumssitzung in ACDP 07-001-1405. Der Entschließungsentwurf ist nicht vorhanden. Erklärung des Bundesvorstands der CDU vom 15. Mai 1972 in ACDP 07-001-924.

des Landesausschusses wurde Dr. Barzels Beitrag persönlich anerkannt. Mit guten Wünschen und freundlichen Grüßen, Ihr Gerhard Stoltenberg.“

*Barzel:* So, damit sind die Berichte erstattet. Darf ich zunächst die Mitkombattanten fragen, also, vor allem Werner Marx, der hier verdienstvollerweise zum Wochenende ein hervorragender Statthalter für uns alle war, ob es noch einer Ergänzung zum Informationsstand der Kollegen bedarf. Dann können wir die Debatte eröffnen. Das Wort hat Franz Amrehn.

*Amrehn:* Herr Vorsitzender, es bedarf sicher keiner besonderen Unterstreichung, daß die Worte, die wir eben von Stoltenberg gehört haben in bezug auf unseren Vorsitzenden von uns allen mitgetragen werden in der Frage, welche Position er verteidigt oder gefordert hat und in der Frage, wie er das getan hat. Ich glaube, daß hier wirklich aller Anlaß besteht, unserem Vorsitzenden für die Nervenkraft, für die Standhaftigkeit und für die Form, in der er in den letzten Tagen gewirkt hat, zu danken und das ausdrücklich anzuerkennen. (*Beifall.*)

Zweitens: Am Freitag hatte ich ein Gespräch mit einem mir gut bekannten Abgeordneten der SPD. Aus diesem Gespräch habe ich dasselbe entnommen, was ich am Vorabend schon am Fernsehen von Herrn Wehner gehört habe, daß die SPD unter keinen Umständen mehr bereit sei, weitere Frist zu geben über den Dienstag hinaus. Zweitens, daß sie nicht bereit seien, über eine Willenserklärung des Bundestages hinaus eine Bestätigung oder Unterstützung durch die Sowjetunion auch nur noch mal zu versuchen. Ich glaube, wir sollten das wissen in der Beurteilung dessen, was mit der Entschließung des Präsidiums vorgeschlagen wird. Aber das ist auch der einzige Weg, den wir jetzt gehen können, bis zum allerletzten Augenblick zu versuchen, den Inhalt des Vertrages noch in eine andere Richtung zu bringen durch die Bestätigung, die wir fordern.

Ich möchte also den Vorsitzenden und die Mitglieder der Kommission, die dann noch einmal sprechen werden, auf folgende Bemerkungen aufmerksam machen. Es fiel die Äußerung in dem Gespräch, man müsse verlangen, daß der Inhalt der Gespräche, die in den letzten acht oder zehn Tagen geführt worden sind, dann auch publiziert wird, damit man wisse, was die CDU verlangt hat. Was besondere Empörung hervorgerufen hat oder vorgespielt worden ist, ist die Forderung unseres Vorsitzenden, daß die Sowjetunion auch ihm gegenüber eine solche Bestätigung vornehmen müsse und nicht nur dem Kanzler gegenüber. Darin erblicke man doch eine Haltung, die dem Zeugnis der Kommunisten mehr Glaubwürdigkeit beimesse als dem eigenen Bundeskanzler. Ich bitte Sie, zu berücksichtigen, in welche Richtung bereits die Angriffe geführt werden sollen, wir müssen das wissen, damit das vielleicht auch bei dem nächsten Gespräch berücksichtigt wird. Nun machte ich also den Zwischenruf, steht denn das Gespräch heute abend fest? Bisher hat der Kanzler ja nur zweimal angefragt. Wir wollen um 21.00 Uhr, und um 11.00 Uhr hat er gefragt, wann könnt Ihr denn? Und er hat eine Antwort bekommen vor 20.00 Uhr, aber ich habe den Worten des Vorsitzenden nicht entnommen, daß dazu nun auch eingeladen worden sei. Ich könnte mir nämlich denken, daß am Nachmittag schon die Maschine läuft, die CDU hat er nochmals eingeladen, aber sie ist nicht mehr gekommen und schiebt das.

*Barzel:* Wir haben keine Verabredung für 20.00 Uhr getroffen, weil ich das nicht konnte. Wir haben in Aussicht genommen, 20.00 Uhr uns zu treffen, und ich würde das eigentlich gerne im Lauf der nächsten Stunde telefonisch sagen lassen, daß wir um 20.00 Uhr kommen. Daß das für die Fraktion bedeutet, daß sie nur kürzer tagen kann, das tut mir leid.

*Amrehn:* Nun möchte ich in dem Zusammenhang, der hier erörtert worden ist und der an keiner Stelle irgendeine Kritik verdient, doch hervorheben, daß irgendwo vielleicht auch Ende der Woche schon bei uns eine gewisse Beunruhigung darüber entstanden sein könnte, in welcher niedrigen oder minderen Form der sowjetischen Zustimmung wir uns selbst vielleicht abfinden würden. Der Herr Vorsitzende hat eben aber gesagt, daß die Briefform, die gewählt worden ist für den Brief der Deutschen Einheit, nicht genügt, daß das stillschweigende Kenntnisnehmen nicht genügt. Aber um diesen Punkt scheint sich immer wieder die Diskussion neu zu entzünden, und ich möchte also in diesem Zusammenhang auch auf ein Ergebnis aufmerksam machen, das wir im Auswärtigen Ausschuß erzielt haben. Dort ist mit aller Klarheit festgestellt worden, daß der Brief zur Deutschen Einheit zwar im Zusammenhang mit dem Vertrag geschrieben worden ist und ein Interpretationsinstrument bildet, aber selbst nicht zum Vertrag gehört. Insofern ist der Wortlaut des Ratifikationsgesetzes sogar bewußt falsch gewählt. Da steht nämlich drin: „Dem Vertrag und dem dazugehörigen Brief wird zugestimmt.“ Wir haben damals festgehalten, daß das Wort „dazugehörig“ nicht im eigentlichen Sinne zu nehmen sei, sondern mehr in einem übertragenen Sinn. Was um so deutlicher geworden ist, als der nachfolgende Notenwechsel mit den Alliierten ausdrücklich das Prädikat „dazugehörig“ nicht erhalten hat. Hier ist also eine Unterscheidung nicht nur vorgenommen worden, sondern eine Trennung zwischen Vertrag und ergänzendem Interpretationsinstrument. Wenn es mit der weiteren Erklärung ähnlich gehandhabt werden sollte, dann hätte das für sich beinahe keinen Vertragswert. Aber ich sehe meine Bedenken nach allem, was bisher gesagt worden ist, und auch vom Vorsitzenden heute noch mal bestätigt wurde, als ausgeräumt an. Ich wollte den Punkt nur deshalb unterstrichen haben, weil er in der Diskussion unter uns Sorgen ausgelöst hat und ich mit dazu beitragen möchte, die Sorgen zu verringern.

*Barzel:* Darf ich nur zu dem einen Punkt etwas sagen, von wegen der Sowjetunion mehr glauben. Das ist eine Frage, die in der Fraktion eine große Rolle spielte, daß wir uns nach all den merkwürdigen Informationsmethoden am Rande der Wahrheit nicht mehr allein verlassen können auf ein Wort des Kanzlers, sondern daß man, falls man sich verständigt, selbst vom sowjetischen Botschafter die entsprechende Erklärung hören müßte. Dies ist eine Forderung der Fraktion, die völlig billig und normal ist. Weil da eine Regierung an sich gar nicht mehr dran ist, muß der Oppositionsführer schon das selber machen. (*Diskussion.*)

*Gradt:* Herr Vorsitzender, ich finde es, wenn ich das sagen darf, sehr hilfreich, daß Sie in Ihrem Bericht nicht nur das Problem der Verträge als solches angeschnitten haben in seinem jetzigen Stand, sondern gleichzeitig dieses Problem in dem allgemeinen innenpolitischen Zusammenhang begreifen. Wenn wir uns zu entscheiden haben, werden wir einen weiteren Zusammenhang mit eben diesem Vertrag für die Entwick-

lung der Bundesrepublik selbst haben. Man muß sich klar machen, was das praktisch bedeutet. Ich habe, als wir vor 14 Tagen hier über die Frage der Konsequenz aus dem Wahlerfolg in Baden-Württemberg sprachen, gesagt, wenn ein konstruktives Mißtrauensvotum, dann sofort. Das war unter anderem auch deshalb, weil, wenn das Votum ausginge aus dem Gesamtkomplex der Verträge, die Situation für die neue Phase sehr schwer wäre, in der wir dann also die Regierung zu bilden gehabt hätten. Ich möchte jetzt, um nicht Zeit wegzunehmen, nur sagen, daß ich die Sorge sehr, sehr ernst nehme, daß wir zu Wahlen gezwungen werden, auf einen Kampf hin, den ich – so wie die Gesamtsituation ist, im Lande geworden ist – für sehr gefährlich halte. Daß wir uns sorgfältig überlegen müssen, daß wir nicht auf ein falsches Kampffeld abgedrängt werden. Ich könnte dies alles im einzelnen darstellen. Ich unterstelle auch, daß die Diskussion, die wir hier vor 14 Tagen am Montag voriger Woche gehabt haben, dies klargemacht hat. Ich erinnere dabei auch an das, was Kollege Hasselmann gesagt hat.

Zweite Bemerkung: Wir sind ja hier wirklich in der Bundesrepublik erstmals in der einmaligen Situation, daß wir nach dem Ergebnis der Abstimmung über das Mißtrauensvotum und über den Kanzlerhaushalt feststellen müssen, daß wir nicht mehr in der glücklichen Lage einer Opposition sind, die unbeschwert ihren Standpunkt formulieren kann, weil ja die anderen die Mehrheit haben und es zu verantworten haben. Jetzt haben sie keine Mehrheit. Und jetzt sind wir mitverantwortlich für das Regieren. Dies bedeutet, daß wir mitverantwortlich sind, obwohl wir auf das, worüber befunden wird, gar keinen Einfluß gehabt haben, denn dies alles ist bis vor kurzem, wenn man von Berlin absieht, ohne uns und gegen uns geschehen. Aber dies ist die neue Situation, wir sind in Wahrheit Regierungspartei, ohne Regierungsmitglied zu sein. (*Barzel: Das geht etwas zu weit! – Diskussion und Unruhe.*)

Wenn ich den Text vergleiche mit Dingen, die früher einmal opponiert waren, enthält dieser Text wesentliche Verbesserungen. In dem Text ist wesentliches von dem enthalten, was wir für notwendig gehalten haben. Aber ich melde dies nur gewissermaßen als Vorbehalt an, denn man muß ja dann den Text auch gegenüber lesen (*Barzel: Dann kommt's, und dann kommt's!*) und muß ihn in den entscheidenden Punkten von denen, die mit ihm zu tun hatten, analysiert bekommen, um endgültig darüber zu votieren.

Letzter Punkt: die Form. Wenn es gelänge, ich habe, als ich hier die Gedanken hörte, zum ersten Mal das Gefühl, das könnte etwas Eigenes werden. Nur muß ich darauf aufmerksam machen, hier muß man aufpassen, daß man nicht die Grenze des Zumutbaren überschreitet. Ich habe mit großer Aufmerksamkeit heute morgen in dem Leitartikel einer Zeitung, deren Haltung zu den Verträgen jedermann in diesem Raum hinlänglich bekannt ist, von einem Redakteur, der sich zwei Jahre lang alle erdenkliche Mühe gegeben, mit der Lupe und dem elektronischen Mikroskop herausgeholt hat, wo die kritischen Stellen des Vertrags seien, einen hochinteressanten Leitartikel gelesen. Wer ihn nicht gelesen hat, der findet ihn in der Presseschau. Da steht folgender Satz drin: „Man muß sich im klaren darüber sein, daß allein die widerspruchslose Entgegennahme einer deutlichen deutschen Erklärung für die Sowjetunion Probleme aufwerfen würde.“ Und dann führt er im einzelnen aus, daß dies schon sehr viel wäre,

wenn es dann einträte. Ich bin sehr dafür, bis zur letzten Minute eine Position zu beziehen, die möglicherweise uns eine Kommunikation unseres eigenen Standpunktes unmöglich macht, auch für den Fall, daß die Erklärung selbst in allen wesentlichen Punkten nach einer gründlichen Analyse unseren Auffassungen im Großen und Ganzen jedenfalls entspricht.

*Kiep:* Meine Damen und Herren, ich möchte zu den Kriterien, die der Vorsitzende gegeben hat, ohne irgend etwas zu wiederholen, was hier gesagt wurde, erwähnen: Erstens, ich glaube, die Verpflichtung der Opposition in der Lage, in der wir sind, bedeutet, daß wir auch nicht nur im Rahmen als Opposition schadensmindernd wirken, d. h. erkennbare schädliche Entwicklungen durch alle uns zur Verfügung stehenden Mittel verhindern müssen. Und bei dieser Schadensminderung im Mai 1972 dürfen wir uns nicht aus Rücksicht davon leiten lassen, was zu Beginn der Arbeit der Bundesregierung auf außenpolitischem Gebiet im Oktober 1969 unsere Position und die Situation unseres Landes war. Wir haben diese Politik in allen Phasen bekämpft. Wir haben verschiedentlich erklärt, wir haben unsere Alternativen empfohlen. Aber wir haben trotzdem nicht verhindern können, daß sich die politische Landschaft um uns herum durch irreversible Akte dieser Regierung in einer gewissen Weise verändert hat. Und wir müssen uns an dieser Landschaft orientieren, wenn wir wieder Außenpolitik machen wollen, ob uns das nun paßt oder nicht.

Deshalb meine ich, daß im Rahmen der Politik zur Minderung und Verhinderung von zusätzlichem Schaden das, was wir hier tun können, realistisch und nüchtern und nicht perfektionistisch und notorisch gesehen werden darf. Erstens, wir müssen bei dem, was wir jetzt tun, eine tragfähige Grundlage für zukünftige CDU-Außenpolitik schaffen. Wir müssen durch die westpolitischen Aspekte dieser Resolution dafür sorgen, daß die europäische Entwicklung, die politische Einigung Europas, ungehindert weitergehen kann und bei dieser Regierung, die anders geredet hat, auf ihrer Festlegung beharren. Wir müssen erkennen, daß dieser Resolution unsere Festlegung zugrunde liegt und unsere Deutschland Erfahrung in einer ganz wesentlichen Weise reaktiviert worden ist und wieder als ein Instrument der Politik eingeführt wird. Ich glaube, wir müssen schließlich sehen, daß der gegenwärtige Vertragsentwurf, der Vertrag mit der Sowjetunion, der jetzt zur Ratifizierung ansteht, nur eine Episode in der Politik der Sowjetunion und bei der Ausübung ihrer Machtposition in Europa darstellt, und daß wir morgen und übermorgen vor anderen Problemen stehen werden, ich erwähne nur die europäische Sicherheitskonferenz und andere Dinge, die auf uns zukommen. Von daher haben wir im Rahmen der Opposition die Aufgabe, alles zu unternehmen und zu erreichen, daß Europa den größtmöglichen Einfluß auf diese nächste Phase der sowjetischen Politik nimmt, und dazu gehört meiner Ansicht nach auch, daß wir den Versuch unternehmen unter Wahrung der Grundsätze, diese Entwicklung in eine Bahn zu lenken, die für uns wichtig ist.

*Müller-Hermann:* Ich gehe davon aus, daß wir hier in diesem Kreis und auch in der Bundestagsfraktion uns darüber völlig einig sind, daß in diesen beiden wesentlichen Punkten, Modus vivendi und das Offenhalten der deutschen Frage, eine feste Haltung einnehmen müssen, um mehr zu erreichen, als bisher erreicht werden konnte. Es ist

aber sicherlich gut und richtig, daß Herr Barzel auf die innerpolitischen Folgewirkungen hingewiesen hat. Unter all unseren jetzigen Überlegungen und Entscheidungen müssen wir nach unserer Auffassung am Ende aus der Sache herauskommen. Wir sollten uns etwa auf der Linie halten, die der Bundeskanzler Kiesinger uns in der vergangenen Woche vermittelt hat, daß eine künftige von der CDU geführte Politik den Bewegungsspielraum hat, um ihre ursprüngliche Politik fortzusetzen, ohne sich darin von seiten der Sowjetunion dem Vorwurf des Vertragsbruchs auszusetzen. Worin ich derzeit die größte Schwierigkeit sehe, ist der Zeitpunkt. Ich kann mir im Augenblick nicht recht vorstellen, wie das, was wir als eine befriedigende Hinnahme von seiten der Sowjetunion erwarten, bis zum Dienstag oder Mittwoch dieser Woche durchgeführt werden soll. Ich glaube, es ergibt sich jetzt für uns morgen und übermorgen die schwierige Frage, wie verhalten wir uns in dieser Situation. Ich komme auf die Anregung von Herrn Röder zurück, der in der vorigen Woche einmal in die Debatte einwarf, ob man nicht eine dritte Lesung veranstalten könnte mit der Möglichkeit, bei der zweiten Lesung noch einmal sehr deutlich zu sagen, wo für die Vertragsverhandlungen die Mehrheitsverhältnisse vor allem sind, und einen zeitlichen Bewegungsspielraum zu schaffen, der meines Erachtens auch für die Sowjetunion notwendig sein wird. Ich bitte da auch noch einmal um die Klärung der Frage, ob hier für uns ein Ventil besteht, eben zeitlich in Bewegung zu kommen.

*Barzel:* Darf ich dazu noch sagen, es ist ganz klar, daß für den Fall, daß wir heute nacht uns nicht einigen, und das ist aus meiner Sicht immer noch das wahrscheinlichere, daß wir dann morgen mit dem Zeitfaktor in der Hand das nicht auf die Tagesordnung zu bringen versuchen. Das ist, glaube ich, ganz klar. Das entspricht sicher auch der Stimmung der Fraktion. Ich wollte das nur zwischendurch sagen.

*Köppler:* Ich glaube, wir alle stimmen den Kriterien, die hier der Vorsitzende noch einmal dargelegt hat, zu. Ich hätte nur zu der Schwellenfrage noch eine Informationsfrage und möchte gerne dann noch einige Überlegungen hinzufügen. Wenn ich einmal abhake, was bisher unsere Einlassung war und was nach dem Stand der Dinge inzwischen geschehen ist, dann muß man feststellen, unsere stärksten Argumente waren die Protokolle, das hat jeder begriffen. Wenn ich den Bericht von Herrn Birrenbach richtig verstanden habe, ist unser EWG-Vorbehalt dabei, erfüllt zu werden. Außerdem besteht eine erhebliche Möglichkeit, das Thema Freizügigkeit befriedigend abzuhaaken. Offen sind die beiden allerdings entscheidenden Punkte, die Frage der Interpretation des Vertragswerks selbst plus entsprechender Erklärungen, und zweitens die Frage der Verbindlichmachung mit der Sowjetunion.

Zu dem ersten Punkt hätte ich eine Informationsfrage. Sie haben, Herr Vorsitzender, gesagt, das ist so, was Sie uns als Scheel-Text vorgelesen haben, nicht befriedigend. Ist es möglich, darzulegen, wo die Differenzen sind? Denn das ist ja doch wohl das jetzt von der Regierung vorgenommene Zwischenergebnis oder die Quersumme der Kommissionsverhandlungen, die zu diesem Thema stattgefunden haben. Wo liegt die Differenz noch in dieser Frage nach den stundenlangen Sitzungen der gemischten Kommission? Wo ist der entscheidende Punkt? Das ist nicht deutlich geworden. Wenn es möglich ist, würde ich bitten, das noch zu präzisieren. Und was ich eingesehen habe

und gerne gefragt hätte – aber ich sehe ein, die Frage überfordert jeden hier im Saal –, was ist schon von seiten der Regierung unternommen worden, um möglicherweise die Schwelle zu erreichen, was die Verbindlichmachung angeht, die wir ja von Anfang an hier angemeldet haben. Aber wahrscheinlich wird das vor heute abend nicht zu sagen sein. Ich gehe davon aus, daß bei der Sowjetunion ein gewisses Interesse darin besteht, nicht den Schwarzen Peter des Scheiterns bei sich zu haben in dieser Frage.

Wenn es uns weiter gelingt, den Text in der entscheidenden Passage über die Interpretation des Vertragswerks so hinzubekommen, daß wir sagen könnten, unsere Essentials, wie sie ja auch in der Entschließung von Westfalen-Lippe drin sind, sind gewahrt, dann müssen wir unter uns ein ehrliches Spiel spielen. Dann bin ich der Meinung, dann dürfen wir nicht neue Gründe finden, die uns die Möglichkeit eröffnen sollen, vor der Öffentlichkeit die Verträge abzulehnen. Ich unterstreiche das, was Kollege Gradl gesagt hat, wir sind hier in einer Mitverantwortungsposition in der Sache, wir sind aber auch, und darüber sollte man sich nicht täuschen, in der letzten Woche und durch den Vorgang der Verhandlungen überhaupt, nicht in eine bessere Verkaufsposition gekommen, sondern eher das Gegenteil ist eingetreten. (*Zwischenruf*: Ist ja nicht wahr! In eine bessere Verkaufsposition! Daß wir verhandelt haben, hat uns ein ungeheures Prestige eingebracht. – Genau!). Nur, wenn wir in zwei Punkten, die eigentlich ein völkerrechtliches Studium voraussetzen, um sie voll begreifen zu können, (*Barzel*: Na, dann überhaupt nicht mehr begreifbar zu machen!) dann noch sagen, das ist der Dissens, der offen geblieben ist, und wegen dieses Dissenses nein sagen, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß durch vorangegangenes Tun – nämlich durch die Kooperation in den letzten Wochen, eine Erwartung in der Öffentlichkeit, in einer breiten Wählerschicht, die für uns ansprechbar, geweckt ist – eine Enttäuschung ausbrechen wird, von der ich nicht ganz sicher bin, ob wir sie argumentativ und propagandistisch relativ schnell aufarbeiten können. Und ich unterstreiche alles, was Herr Gradl anmahnt für die Auseinandersetzung. Der Wahlkampf ist ja im Gange. Ich würde also sagen, wenn die Schwellen erreicht sind, dann sollten wir auch der Bundestagsfraktion die Möglichkeit oder die Empfehlung geben, (*Barzel*: Ihre eigenen Worte ernst zu nehmen.) dann nicht neue Schwellen aufzubauen, sondern die eigene Glaubwürdigkeit auch genau da zu lozieren, wo sie bisher in den öffentlichen Aussagen loziert worden ist.

*Barzel*: Darf ich, weil das drei Fragen waren, drei Punkte sagen, zunächst kriege ich also hier eine erste dpa-Meldung aus München. Das ist also völlig in Ordnung. Strauß: „Ich bin nicht sehr hoffnungsvoll, aber die Tür ist nicht zugeschlagen.“ Ein gemeinsames Vorgehen zwischen Koalitionspartei und Opposition hält er noch für möglich, warnt vor der Hektik usw.

Nun zum Punkt, Herr Kollege Köppler, wo liegt der Streit? Ja, der Streit liegt zunächst mal in sehr viel Punkten, die nur noch Sachverständigen erklärbar sind. Wir wollen doch offen reden! Sehen Sie mal, das ist eine fundamentale Frage, ob die Erschließung anfängt aus Anlaß der Abstimmung über den Vertrag, oder ob sie anfängt zum Vertrag, oder ob sie anfängt im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Vertrages, oder aus Anlaß der Ratifizierung des Vertrages. Das sind z. B. Unterschiede. Der

fundamentale Unterschied ist, ob dies eine Bundestagsentschließung wird, oder ob die Regierung sich die zu eigen macht, und dann eine Note daraus macht. Das sind z. B. formale Unterschiede, die sich gewaschen haben, so wie die Annahme der Sowjetunion.

Zum Inhalt: „Das oberste Ziel unserer Außenpolitik ist die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit.“ Das kann man nicht sagen. Da fehlt z. B. die Freiheit, wenn die Einheit fehlt, da muß mindestens das Wort „oberste“ weg. Dann können wir sicherlich nicht einfach sagen, daß die Verträge dem Frieden dienen. Das habe ich bisher bestritten. Sie gefährden ihn. So hat der Bundesparteiausschuß der Union auf Vorschlag dieses Vorstands beschlossen.<sup>28</sup>

Dann heißt es, die Verpflichtung, die die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Grenzfrage Warschauer Pakt eingegangen ist, hätte sie daher im eigenen Namen übernommen. Der Satz muß raus. Und deshalb kann ich nur sagen, habe ich versucht, die Linie hier zu bestimmen, mehr kann man ja nicht machen. Dies Papier durch Westfalen, das liegt Ihnen ja hoffentlich allen vor, hat das auf eine Linie gebracht, die vernünftig ist. Das, glaube ich, ist ungefähr das, was hier zum Inhalt zu sagen ist. Und die Sache mit dem Status quo, mit dem Fall des Modus vivendi, dem Friedensvertragvorbehalt und dem Offenhalten in der deutschen Frage muß natürlich rein. (*Zwischenruf*: Wieder rein!) Das war ja schon drin, nicht wahr?

Letzter Punkt: Es kann uns natürlich eine Verhandlungssituation begegnen, deshalb war die Frage sehr wichtig, Herr Köppler, daß die Regierung sagt, also wir sind so in Eile, und nun wollen wir die Sache vom Tisch haben. Wir haben unseren Text mit der Sowjetunion konsultiert, die macht den mit. Da kommen wir in die Lage „Vogel friß oder stirb!“, dann freß ich nicht.

*Von Weizsäcker*: Darf ich zunächst ein paar noch Bemerkungen noch zum Thema Wahlkampf machen? Mit der Bitte, dieses Abkommen in diesem Teil vertraulich zu halten, sie enthalten zwar nichts sensationell Neues, aber sie sind in dieser Form bei der Regierung noch unter „vertraulich“ gehandelt. Es wird aus Anlaß der Unterzeichnung, der Paraphierung des Verkehrsvertrages eine sogenannte verbindliche Information geben, die sich mit Fragen des Reiseverkehrs befaßt. Die Mehrheit der Einzelheiten findet sich in der Öffentlichkeit schon teils aus einem Interview von Herrn Kohl<sup>29</sup>, teils aus Mitteilungen des Bundeskanzlers anläßlich der Debatte über das konstruktive Mißtrauensvotum.<sup>30</sup> Es geht um Reisen aus kommerziellen, kulturellen, sportlichen und wissenschaftlichen Gründen von der Bundesrepublik in die DDR, um touristische Reisen, um die Übergangsstellen, PKW-Benutzung und vor allem auch um Reisen in Ost-West-Richtung bei dringenden Familienfällen, die auch in einer

---

28 Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses am 24. Januar 1972 in ACDP 07-001-607.

29 Erklärung Michael Kohls anläßlich der Paraphierung des Verkehrsabkommens zwischen der Bundesrepublik und der DDR am 12. Mai 1972 (BULLETIN Nr. 69 vom 13. Mai 1972 S. 991 f.).

30 Zur Erklärung Brandts zum Verkehrsvertrag in der Debatte am 27. April 1972 vgl. Sten.Ber. 6. WP 183. Sitzung S. 10711.

ausdrücklichen Bekräftigung durch Honecker<sup>31</sup> und Stoph dann vorliegen werden. Man muß so viel immerhin wissen, daß, wenn diese Dinge in einer verbindlichen Form öffentlich bekannt gemacht werden aus Anlaß der Paraphierung und wenn sie dann auch praktiziert werden, sie eine Potenzierung der Eindrücke in der deutschen Öffentlichkeit hervorrufen werden, die wir alle aus den Osterfernsehminuten in Potsdam kennen und die uns allen im baden-württembergischen Wahlkampf immerhin einigermaßen beschäftigt haben. Es handelt sich dabei um Dinge, die auch der DDR-Führung selber weit mehr Kopfzerbrechen verursacht haben als die bisherigen Dinge. Der Vorsitzende hat auf diesen Zusammenhang schon hingewiesen. Jede Woche ein Mißtrauensvotum, bis wir die Freizügigkeit haben. Bei unseren Verhandlungen sagte Genscher so über den Tisch: „Aber Ihr seid Euch doch im klaren, das gilt nur fürs erste Mißtrauensvotum.“ Ich sage: „Nein, bis dahin, daß die DDR hier von sich aus zu verbindlichen Schritten bereit sich gefunden hat, über die vorher nie auch nur forderungsweise verhandelt wurde.“

Es ist dann zweitens eine verbindliche Verabredung zwischen Regierung und uns für den Fall eines Paketes vorgesehen in den nächsten Stufen, dann die uns bekannten Dinge, Heiraten hinüber und herüber, Rentenalter, kleiner Grenzverkehr usw., wie die Prioritätenliste der Freizügigkeit anzustreben? Schließlich drittens ist die Ausschussfrage, d. h. Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses mit dem Ziel, die gemeinsame Linie für die Beziehungsverträge, die noch bevorstehen, abzustimmen. Sie sind sich ja alle darüber im klaren, daß diese Beziehungsverträge in mancher Hinsicht für uns noch sehr viel weiter tragende Bedeutung haben und Schwierigkeiten mit sich bringen werden als die zur Zeit zur Debatte stehenden beiden Verträge. In dieser Richtung also gehen die Freizügigkeitsdinge.

Lassen Sie mich nun zu dem allgemeinen Problem kommen. Herr Vorsitzender, ich stimme Ihrem Petikum, hier nicht definitiv zu votieren, vollkommen zu. Die uns vom Präsidium übermittelte Entschließung des Bundesvorstandes finde ich in Form und Inhalt von hier aus gut. Ich meine nur, wir müssen uns darüber klar sein, was das bedeutet, warum wir hier nicht votieren und nicht in einer präziseren Form eine Entschließung machen wollen. Wenn wir von Ihnen, Herr Vorsitzender, hören, um welchen Punkt bei der Verhandlung es geht, und wenn wir dann unsere Meinung austauschen, ist das vollkommen in Ordnung. Wenn man aber einmal in der Gemeinsamkeitsverhandlung drin ist mit der Regierung, helfen wir natürlich auch dann bloß der Glaubwürdigkeit, wenn man dabei einerseits seine Grundsätze einbringt, aber eben andererseits eine Verhandlung auch wirklich offen führt. Sie haben in Ihrem Einleitungsvortrag, Herr Vorsitzender, zwei Punkte genannt, auf die ich kurz eingehen will.

---

31 Erich Honecker (1912–1994), Dachdecker; 1930 KPD, 1935 Verhaftung, 1937–1945 Inhaftierung im Zuchthaus Brandenburg, 1946 Mitgründer und bis 1955 Vorsitzender der FDJ, 1949–1989 Abgeordneter der Provisorischen und später der Volkskammer der DDR, 1950–1958 Kandidat im Politbüro des ZK der SED, 1960–1971 Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, 1971 als Nachfolger von Walter Ulbricht 1. Sekretär des ZK der SED, 1975 Vorsitzender des Staatsrates der DDR, 1976–1989 Generalsekretär der SED.

Erstens, die deutsche Frage dürfe nicht präjudiziert werden, das finde ich eine gute und wichtige Forderung. Nicht präjudiziert werden, ist eine andere Ausdrucksform für offen halten. *Modus vivendi*, wir unter uns verstehen, was wir damit meinen. Aber die Sachverständigen wissen, daß auch die Sowjetunion und der Ostblock den Begriff *Modus vivendi* in einer ganz anderen Weise verwenden. Die Festlegung auf den Begriff *Modus vivendi* finde ich mit einigen Zweideutigkeiten versehen, die es nicht zwingend macht, daß wir auf diesem Begriff bestehen. Deutsche Frage nicht präjudizieren, dagegen finde ich gut und richtig.

Der nächste Punkt „notifizieren“. Herr Vorsitzender, ich finde, es gibt einen vorzüglichen Anhalt aus dem Berlin-Abkommen, den Sie uns genannt haben, die dort gewählte Form der Bekanntgabe, der Notifizierung und Bestätigung. Aber ich meine, daß wir natürlich im Sinne der Glaubwürdigkeit unserer Gemeinsamkeitsverhandlungen eben auch hier keine unüberschreitbaren Schwellen errichten dürfen, sonst schlägt die Sache letzten Endes gegen uns selber zurück, wenn es dazu kommt, was Sie, Herr Vorsitzender, dem Fraktionsvorstand und der Fraktion im ganzen einmal berichtet haben, das weiß ich nicht mehr genau, daß man sich nämlich zu vergewissern habe und vergewissern könne, daß die widerspruchslose Hinnahme bedeute, daß nach sowjetischer Auffassung diese Entschließung Geist und Buchstaben des Vertrages nicht widerspreche. Denn wäre es anders, so wäre keine widerspruchslose Hinnahme die Folge. Wenn man diese Vergewisserung also vornehmen könnte, dann bitte ich wiederum zu berücksichtigen – auch das wird bekannt werden und auch hier wird von uns öffentlich zu vertreten sein –, warum das eine so und das andere anders zu bewerten war.

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt, nämlich zur Abwägung der Lage, vor der wir stehen. Lassen Sie mich die von Ihnen vorgenommene Abwägung kurz durchlaufen, Herr Vorsitzender, vielleicht etwas scherzhaft pointiert. Wenn es zu einer Ablehnung der Verträge wegen des Widerstandes der Union kommt, wird es so oder so über das Thema Verträge zu neuen Verhandlungen kommen. Das für uns natürlich höchst entscheidende Problem, wie wir aus diesen Neuwahlen herauskommen, sieht für uns durchaus negativ aus, nicht nur wie die Gefahr der Rückkehr zu Weimarer Zuständen. Lassen Sie mich vor allem einen weiteren Punkt nennen, der mir persönlich von meinem Arbeitsgebiet, aber auch von meiner eigenen Überzeugung her besonders wichtig ist: Wir kämpfen darum, die deutsche Frage offen zu halten. Wir kämpfen um die Offenhaltung der deutschen Frage nicht mit Parolen und mit Formeln, sondern mit einer substantiellen Politik. Wenn die Verträge abgelehnt werden und es darüber zu Neuwahlen kommt und in diesen Neuwahlen unsere Chancen so stehen, wie von mir angedeutet, wird die Folge davon sein, daß die deutsche Frage nicht offener bleibt, sondern geschlossener wird, als wir sie je erlebt haben. Wem es wirklich ernst ist um die Frage, die deutsche Frage offenzuhalten, der möge dies bitte berücksichtigen. Die deutsche Frage können wir in der Lage, in der wir sind, nicht in einem paradiesischen Sinne offenhalten, sondern wir können sie nur offen halten in der Lage, in der die deutsche Politik heute nun einmal ist. Und da haben wir nur den Vergleichsmaßstab zwischen einer von den Parteien gemeinsam angenommenen Er-

klärung zur deutschen Frage einerseits und der Gefahr von Neuwahlen nach gescheiterten Verträgen einer Mehrheit der heutigen Regierungskoalition und damit einer Ostpolitik und Deutschlandpolitik andererseits, die der deutschen Frage hinsichtlich ihres Offenhaltens sozusagen ihren letzten Stoß versetzen wird. Man möge nicht sagen, daß auf diesem Weg wirklich der beste Beitrag zur Offenhaltung der deutschen Frage geleistet worden ist. Dieser Punkt ist mir von allen der allerwichtigste. Und aus diesem Punkte heraus meine ich, daß wir es zu dieser Entwicklung nicht kommen lassen dürfen.

Ich sage das in dieser zugespitzten Form, Herr Vorsitzender, denn letzten Endes entscheidet in den Verhandlungen darüber, ob eine Formulierung annehmbar ist oder nicht, oder ob ein Gesamtpaket ausgewogen und für uns annehmbar ist oder nicht, dann natürlich doch unser politischer Wille und nicht die Beurteilung einer bestimmten Formulierung im einzelnen. So unbedingt nötig es ist, die Formulierungen im einzelnen ernst zu nehmen, und so gut es in diesem Zusammenhang ist, daß wir von Ihnen zu diesen Einzelheiten auch nähere Auskünfte bekommen haben.

*Dregger:* Die Entscheidung, die wir zu treffen haben, ist sicherlich ungeheuer schwierig, und die Gefahren sind groß für unser Land und für unsere Partei. Daß wir die Partei sind, die am Ende nein sagt, das hat die bisherige Diskussion vor allem deutlich gemacht. Aber es ist sicherlich auch dann der Fall, wenn wir am Ende ja sagen. Wir können zu diesen Verträgen zwar ja sagen, ohne daß unsere grundlegenden Bedenken echt ausgeräumt sind. Wir haben zwei Jahre lang diese Bedenken geltend gemacht. Ich nehme an, daß wir davon überzeugt waren und das nicht nur ein taktisches Spiel gewesen ist. Wir haben es in einer Weise geltend gemacht, daß davon nicht nur das Parlament Kenntnis genommen hat, sondern die gesamte Öffentlichkeit, daß sich damit viele Menschen in unserem Lande identifiziert haben. Diese Menschen brauchen wir genau so, wie diejenigen, die wir in der angeblichen Mitte hinzugewinnen möchten. Wir können weder auf die einen noch auf die anderen verzichten. Wir müssen überhaupt vor der Öffentlichkeit glaubwürdig bleiben.

Ich habe in den letzten Tagen erlebt, daß auch solche Freunde von uns, die mir immer geraten haben, sorgen Sie dafür, daß diese Sache vom Tisch kommt, jetzt doch etwas ein komisches Gefühl haben, wenn sie hören, wir stimmen jetzt zu. Also, die Entscheidung ist sicherlich auch dann sehr schwierig, wenn wir am Ende ja sagen sollten. Deswegen meine ich, wir können uns aus der Sache nicht davonstehlen. So bequem und so schön das wäre. Wir können nur dann ja sagen – und wenn wir alle ja sagen sollten, wäre das ja die höchste Sanktion, die ein Vertrag bekommen könnte im Bundestag, es wäre nahezu ein einstimmiges Ja –, wenn unsere Bedenken echt ausgeräumt sind. Und zwar einmal durch die inhaltliche Abfassung der Entschließung und zum anderen dadurch, daß die wirklich relevant wirkt. Und ich meine, daß das, was der Vorsitzende dazu ausgeführt hat, die richtige Mittellinie ist.

Wir können selbstverständlich nicht verlangen, daß die Sowjetunion sich mit unseren Zielen identifiziert. Aber sie muß durch eine Note der Bundesregierung Kenntnis erhalten, und sie muß durch eine weitere Note den Eingang bestätigen. Das sind auch die Informationen, die ich eingezogen habe. Ich glaube, wenn das nicht geschähe, dann

fehlte es an der außenpolitischen Relevanz, und wenn die Sache außenpolitisch nicht relevant ist, dann scheint sie mir auch innenpolitisch nicht möglich zu sein. Es ist klar, das Beste wäre es, wir könnten unsere Bedenken ausräumen und könnten dann ja sagen. Das wäre in jeder Hinsicht das allerbeste, und wir sollten sicherlich keine Anstrengung unterlassen, die zu diesem Ende führen könnte. Aber wenn das nicht gelingt, dann müssen wir auch die Kraft und den Mut haben, nein zu sagen und dann die Schlacht durchzustehen, die kommt und die sicherlich schlimm und nicht einfach sein wird.

Ich meine, zwei Dinge sollten wir als Parteivorstand von der Fraktion erbitten, daß sie geschlossen bleibt und nicht auseinanderfällt. Wir wissen, wie schwer das sein wird. Sowohl, wenn am Ende nein, wie wenn am Ende ja gesagt werden sollte. Aber wenn wir am Ende ja sagen sollten, dann ist es sehr wichtig, daß die Fraktion geschlossen ja sagt, damit wir es als einen wirklichen Erfolg hinstellen können, der es rechtfertigt, daß wir diese Position beziehen. Und wenn wir am Ende nein sagen sollten, dann ist es ebenfalls wichtig, damit dieses Nein glaubhaft ist. Deswegen wäre ich dankbar, wenn der Vorstand vielleicht über die Entschließung hinaus, die hier gefaßt worden ist, doch den Bericht des Vorsitzenden zur Kenntnis nimmt und ausdrücklich billigt. Dann ist immer noch Spielraum genug für die Verhandlungen, die jetzt zu führen sind heute abend, und für die Entscheidungen zu treffen sind. Aber ich meine, daß der Vorsitzende diese Rückenstärkung braucht und daß er sie auch verdient.

Und dann meine ich, müßte die Partei sich jetzt vorbereiten in jedem Fall, wie die Entscheidung auch sein wird am Ende, ja oder nein, zu einem Propagandafeldzug ungeahnten Ausmaßes, denn es wird eine Schlacht werden, die ja im Grunde schon eingesetzt hat. Ich habe an einem Gewerkschaftskongreß in Hessen teilgenommen am vergangenen Freitag.<sup>32</sup> Da lief das an, was der DGB-Vorsitzende, der SPD-Vorsitzende, der SPD-Vertreter, der Regierungsvertreter sagten. Es war genau dasselbe, die gleichen Stichworte, die gleichen Parolen, und wir müssen dagegen angehen, gleichgültig, wie wir uns in unserem Beschluß entscheiden sollten. Also diese beiden Bitten, den Bericht des Vorsitzenden ausdrücklich zu billigen und diesen Propagandafeldzug vorzubereiten, den wir auf allen Ebenen führen müssen.

*Schwarz-Schilling:* Zunächst möchte ich Ihnen für diesen sehr umfassenden Bericht danken. Ich glaube, wir haben alle den Eindruck gewonnen, daß Sie mit großer Zähigkeit und Festigkeit diese Verhandlungen führen. Ich glaube aber, wir stehen hier heute vor einer Entscheidung, die unter Umständen über das Regieren oder Nicht-Regieren für die Jahre bis 1977 entscheiden wird. Ich möchte nicht nur sagen, unter Umständen, sondern wahrscheinlich. Aus diesem Grunde müssen wir uns über die reale Situation hier unter uns auch Rechenschaft abgeben. Und da möchte ich als erstes feststellen, daß natürlich der Verhandlungsspielraum für Sie als Vorsitzender groß genug sein muß, da unser Handlungsspielraum kleiner geworden ist. Unser Handlungsspielraum ist kleiner geworden seit unserem Versuch zur Kooperation, weil sich die Dinge ja verändert haben. Und insoweit muß der Verhandlungsspielraum, den Sie nach der

---

<sup>32</sup> Nicht ermittelt.

heutigen Situation haben, so sein, daß Sie auch am Schluß noch einmal vertreten können, was hier zur Debatte steht.

Lassen Sie mich ganz kurz die folgenden Alternativen noch einmal hier durchspielen. Ablehnung von uns, Scheitern der Verträge im Deutschen Bundestag, bedeutet Neuwahlen mit dem Thema Ostverträge, und zwar sicherlich sehr schnell danach. Daß wir dann nicht mehr so dastehen, wie vor drei Wochen, habe ich eben gesagt, denn in der deutschen Bevölkerung wird zusätzlich hineingenommen werden können, die Opposition hat Einblick in die Protokolle bekommen. Die Opposition hat das Angebot bekommen, die für sie kritischen Fragen durch eine gemeinsame Resolution aus der Welt zu schaffen. Und diese Resolution wird in alle Welt verbreitet werden. Und kaum ein normaler Bundesbürger wird verstehen, was sich zwischen unseren beiden und dieser Resolution abgespielt hat. Ich würde also sagen, denkbar schlechter Ausgangspunkt für Neuwahlen.

Die nächste Situation: Ablehnung, aber dennoch Zustimmung im Deutschen Bundestag durch eine kleine Mehrheit, ist ja durchaus auch eine der realistischen Option. Auch hier werden wir einem Status quo minus gegenüber früher ins Auge zu sehen haben, denn man wird uns vorhalten, daß durch unsere Weigerung, diese gemeinsame Resolution zu fassen, die deutsche Einheit in dieser Interpretation gefährdet worden ist. Dies macht insofern auch unsere Position schlechter. Selbst bei Zustimmung der Verträge ist das, als wenn die CDU zugestimmt hätte, dann eine Präzisierung des deutschen Standpunktes.

Der nächste Punkt ist, daß der Wähler ebenfalls sich die Frage vorstellen wird, die CDU hat selbst da nein gesagt, also sie war wohl doch auf das Nein festgelegt. Ich bin anderer Auffassung, als es hier eben gesagt wurde, daß man meinte, die Sowjetunion würde alles tun, um diese Kooperation zu ermöglichen. Ich bin der Auffassung, genauso wie Herbert Wehner, daß der Zeitdruck nur dafür da ist, um diese Kooperation möglichst doch zum Scheitern zu bringen, allerdings die CDU nichts nach außen hin getan hat, daß dieser Schwarze Peter etwa bei der Regierung oder bei der Sowjetunion gelegen hätte. Herr Wehner weiß ganz genau, daß für ihn die Ablehnung seitens der CDU als Ausgangspunkt für die positivsten Positionen der zukünftigen Politik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein wird. Und deswegen bin ich auch der Meinung, daß er das entsprechend einkalkuliert hat.

Die Konsequenz aus dem, was ich sagen will, Herr Vorsitzender, bei dieser Festigkeit, die Sie zum Ausdruck gebracht haben, bedeutet auf der anderen Seite bitte nicht die Überreizung der Situation von unserer Seite. Wir können nur zwei Alternativen hier ins Auge sehen: Entweder wir wollen noch etwas an dem Text verbessern, und da wird es sicherlich Möglichkeiten geben, ob Sie so weit gehen, daß man genau diesen Satz hinein nimmt, wie er hier in Westfalen gesagt worden ist (*Barzel*: Das ist ja ein Satz der Bundesregierung.) – das ist klar, eine Regierung sagt vieles, aber ob das nacher von der anderen Seite bestätigt werden soll, ist eine zweite Frage – oder aber, ob wir mehr darauf Wert legen, daß die Sowjetunion diese Dinge in einem stärkeren Maße bestätigt.

Ich persönlich möchte sagen, diese beiden Dinge stehen in einem inneren Zusam-

menhang, und wir werden kaum, ich möchte es hier einmal drastisch sagen, den Deutschland-Vertrag mit den Westmächten jetzt mit der Sowjetunion nachholen können, indem wir sie sozusagen jetzt, was selbst Adenauer nicht gelungen ist, auf die Ziele des Deutschland-Vertrages festlegen wollen. Ich glaube, das wäre eine Situation, die wir niemals glaubwürdig in der Öffentlichkeit verkaufen könnten, nämlich die meines Erachtens total unrealistische Situation, die hier auch in der internen Diskussion manche gar nicht sehen.

Deswegen, bei der alternativen Abwägung, würde ich votieren für eine stärkere Präzisierung des Textes, denn es käme gerade darauf an, daß die deutsche Seite geschlossen ein einheitliches Votum und damit eine einheitliche Interpretation dieser Verträge gibt. Und wenn das selbst im Widerspruch zu den Protokollen steht, dann ist die Bundesregierung diejenige, die hier irgendwo unwahr gespielt hat, und die sich nicht mehr herauslügen kann, weil sie nämlich dem mit zugestimmt hat.

Was die Bestätigung der Sowjetunion angeht, Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, ob das stimmt, aber es steht in der heutigen „Frankfurter Allgemeinen“, daß damals, als 1955 der Bundeskanzler den Brief für die deutsche Einheit geschrieben hat, dieser Brief zurückgewiesen worden sei.<sup>33</sup> Bei diesen Vorbehalten habe es sich um deutsche Interpretationen gehandelt; nach Bundeskanzler Adenauer im Deutschen Bundestag sei eine einseitige Erklärung der Bundesregierung ausreichend. Diese Erklärung, fuhr Adenauer damals fort, mußte nur der anderen Seite zugegangen sein. Dies ist geschehen. Die deutschen Vorbehalte sind damit völkerrechtlich wirksam geworden. Die Erklärung muß nicht etwa, um völkerrechtlich wirksam zu werden, von der Gegenseite angenommen werden. Das sagte hier, nach diesem Bericht, wörtlich Bundeskanzler Adenauer.<sup>34</sup>

Ich möchte also sagen, wenn Sie das erreichen, was in der Berlin-Regelung steht, dann würde ich sagen, haben wir das Maximum dessen erreicht, was auf der Frage der Sowjetunion überhaupt erreichbar erscheint. Ich möchte Sie also zum Abschluß bitten, auch die realistische Alternative zu sehen, wenn wir hier einen Zentimeter nicht erreicht haben, was dennoch dann für 1977, bis 1977 hier für uns auch auf dem Spiel steht.

*Barzel:* Ich glaube, ich darf Ihnen ein Wort dazu sagen, Sie haben aus den ganzen Einlassungen der Politik der letzten 14 Tage, 2 ½ Wochen, gemerkt, daß wir uns hier bemühen, alle Festigkeit mit dem Augenmaß zu verbinden, für das Sie hier eigentlich appellieren, habe ich Sie so richtig verstanden? (*Schwarz-Schilling:* Ja!) Zur Sache mit Adenauer: Dieses Mißverständnis wird kein Mensch mehr auflösen. Das heißt, alle Leute sagen, es ist total falsch. Adenauer hat zwei Sachen gemacht in Moskau, außer vielen anderen. Einen Vertrag, da steht drin, wir nehmen diplomatische Beziehungen

---

<sup>33</sup> Vgl. KILIAN S. 200, 348–350.

<sup>34</sup> Adenauer erklärte in der Bundestagssitzung am 22. September 1955: „Bei den Vorbehalten handelt es sich um eine deutsche Rechtsverwahrung. Für eine solche ist eine einseitige Erklärung der Bundesregierung ausreichend. Diese Erklärung muß nur der anderen Seite zugegangen sein. Dies ist geschehen, und die deutschen Vorbehalte sind damit völkerrechtlich wirksam geworden. Die Erklärung muß nicht etwa, um völkerrechtlich wirksam zu sein, von der Gegenseite angenommen werden.“ Vgl. Sten.Ber. 2. WP 101. Sitzung S. 5646.

auf und wollen die Einheit. Das ist ein Vertrag. Und dann gibt es eine Erklärung, wo er sagt, im übrigen vertrete ich ganz Deutschland. Und dagegen haben die protestiert. Das, sagte der Bundeskanzler, war aber ein rechtsgültiger Vorbehalt. Die Frage, vor der wir doch stehen, ist doch nun im Grunde: Genügt hier ein rechtsgültiger Vorbehalt der deutschen Seite, oder ist eine Verbindlichmachung der Sowjetunion nötig? Hier liegt die Fraktion fest in der letzten Frage. Wie das zu erreichen ist, dazu habe ich hier eine politische Erklärung abgegeben. Das wollte ich nur zur Ergänzung sagen. Diese Sache ist also – selbst bis in die „Frankfurter“ hinein mißverstanden – vor dem Bundestag gesagt, das passiert bei jeder Debatte wieder, man muß es immer wieder aufklären.

*Lorenz:* Es ist hier schon verschiedentlich gesagt worden, daß seit Unterzeichnung der Verträge in Wahrheit die Situation nicht einfach offen geblieben ist, sondern daß die Entwicklung weitergegangen ist bis zu einem Zeitpunkt, von dem man manche Dinge einfach nicht mehr zurückdrehen kann. Es ist darauf hingewiesen worden, wie sich andere Nationen und Regierungen, insbesondere unsere Verbündeten im Westen, im Zuge der allgemeinen Entspannungspolitik eingerichtet haben, und es ist auch schon gesagt worden, daß wir selbst innenpolitisch durch die Tatsache, des „so nicht“ statt des Neins und dem konsequent folgenden Entschluß, mit der Bundesregierung zu verhandeln, schon den Versuch eine Einigung zu erreichen, tatsächlich auch bestimmte politische Ergebnisse erreicht haben, die nicht einfach mehr zurückzudrehen sind.

Ich sage Ihnen ganz offen, wir wissen ja alle, daß die Sowjetunion bestimmte politische Absichten verfolgt, die unseren entgegengesetzt sind. Aber ich glaube, wenn es in Folge schon gelingt, eine Formulierung zu akzeptieren, bei der klar wird, daß wir uns diesen Bestrebungen der Sowjetunion nicht unterwerfen, dann ist es fast das, was wir heute am ehesten noch erreichen können, und was uns wenigstens die Möglichkeit läßt, wenn die CDU/CSU wieder einmal an die Regierung kommt, auf dieser Grundlage eine Politik zu machen, die den neuen Gegebenheiten in der Welt entspricht. (*Unruhe.*) Ich bin der Auffassung, daß in dieser Blickrichtung alles dafür spricht, den letzten Versuch zu wagen, um die Möglichkeit einer gemeinsamen Verabschiedung herzustellen. Ich darf noch mal zu Formulierungen kommen und gehe dabei von der westfälischen Entschließung aus. Da ist unter dem Punkt 3b vorgeschlagen, das steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen.<sup>35</sup> Das, lieber Herr Dr. Barzel, scheint mir auch in dem jetzt vorliegenden Entwurf (*Barzel:* Es sind die Sätze der Bundesregierung!) fast wörtlich enthalten zu sein. Die Problematik ist der Punkt 3a, da ist nämlich in dem Entwurf der Bundesregierung lediglich etwa gesagt, die Verträge nehmen keine friedensvertragliche Regelung für Deutschland vorweg. Dabei wird offengelassen, ob es überhaupt jemals zu einem Friedensvertrag für Deutschland kommt. Und hier muß ich Herrn von Weizsäcker zustimmen, daß die deutsche Frage offen gehalten

---

35 Punkt 3b der Entschließung lautet: „Das deutsche Volk besitzt ein unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung. Die Politik der Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung steht nicht im Widerspruch zu den Verträgen.“ Vgl. Anm. 13.

wird, insbesondere wenn ich höre, daß es ja offenbar nun einmal in einem Entwurf dringestanden hat. Wenn man aber diese beiden Dinge durchsetzen kann, dann scheint mir, daß man ernsthaft in Erwägung ziehen muß, eine Zustimmungsmöglichkeit herzustellen.

Ich darf noch ganz offen sagen, es ist in der Öffentlichkeit, auch bei uns zu Hause nicht so ganz klar gewesen, was denn zur Erfüllung der drei Punkte, die unserer Vorsitzender einmal sehr richtig als Voraussetzung für die CDU/CSU zur Zustimmung deutlich gemacht hat, eigentlich vorliegen muß. Und ich war auch ein bißchen überrascht, daß das, was hier zu Europa und zur Frage der Freizügigkeit und menschlicher Erleichterung gesagt worden ist, nun schon auch nach allgemeiner Übereinstimmung offenbar doch als mindestens wesentliche Erfüllung unserer Vorbehalte angesehen wird. Ich will dem nicht widersprechen. Man müßte nur sagen, wenn das so ist, dann bleibt eben tatsächlich, auch nach einer Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit, nur noch die Frage der Formulierung des Selbstbestimmungsvorbehalts, des Friedensvertragsvorbehalts und die Deutlichmachung der Freiheit der Deutschen, die freie Selbstbestimmung, übrig. Wie unsere Diskussionsredner gesagt haben, wird es dann sehr schwierig sein, sich an einzelnen Formulierungen aufzuhängen. Also ich unterstütze alles, insbesondere den Herrn Vorsitzenden, bei dem Bemühen, bis zum letzten die Möglichkeit wahrzunehmen, hier zu einer Übereinstimmung zu kommen. Also wir sind bereit, in einer schwierigen Situation – wie schwierig sie noch werden kann, auch rein innenpolitisch, hat diese Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg mit Kindern, die schulfrei hatten usw., gezeigt<sup>36</sup> –, wir sind also bereit, das alles auf uns zu nehmen, weil wir natürlich nicht hinter unsere berechtigten Forderungen auch im Interesse unserer nationalen Vorstellungen zurückgehen. Aber ich darf auch ganz offen hier sagen, daß uns allen ein Stein vom Herzen fällt, durch die Berlin-Regelung und das Inkrafttreten der damit zusammenhängenden Verbesserungen, wenn es tatsächlich gelänge, in letzter Minute durch die Verhandlungsführung unserer Freunde eine Einigung zu erreichen, die es ermöglicht, den Verträgen im Bundestag zuzustimmen.

*Barzel:* Ich darf eben Herrn Ackermann bitten, hier allen zu berichten über eine Pressekonferenz der Bundesregierung.

*Ackermann:* Der Sprecher der Bundesregierung, Herr von Wechmar<sup>37</sup>, hat soeben vor der Pressekonferenz mitgeteilt, daß nun die Kontakte der Bundesregierung zur Sowjetregierung über die mögliche gemeinsame Resolution in Gang gekommen seien, und zwar nicht nur über die sowjetische Botschaft hier in Bonn, sondern auch direkt

---

36 Vgl. „Tagesspiegel“ vom 30. April 1972 „Kundgebung mit Brandt und Scheel vor dem Rathaus Schöneberg“.

37 Rüdiger von Wechmar (1923–2007), Journalist; 1948–1958 Leiter des Bonner Büros der Nachrichtenagentur United Press, 1958–1963 Pressereferent des deutschen Generalkonsulats in New York, 1963–1968 Leiter des ZDF-Osteuropastudios in Wien, 1968–1970 Generalkonsul in New York, 1970 Regierungssprecher, 1971 FDP, 1972–1974 Leiter des Bundespresse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1974–1981 Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, 1981–1983 Botschafter in Rom, 1983–1988 Botschafter in London, 1988–1994 MdEP. Memoiren: Akteur in der Loge. München 2000.

bei der sowjetischen Regierung in Moskau. Wie lange diese Kontakte in Anspruch nehmen, konnte er nicht sagen, vertrat allerdings den Standpunkt, daß deswegen die Debatte morgen nicht verschoben werden müßte. Auf die Frage, ob sie aus anderen Gründen verschoben werden müßte, wollte er sich nicht äußern. Er hat dann ferner mitgeteilt, daß die Bundesregierung die Absicht habe, daß für den Fall, daß es zu einer solchen gemeinsamen Resolution komme, sie in gesonderter Form den vier für Deutschland verantwortlichen Mächten zu notifizieren.

Schließlich hat er noch darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung bereit und bemüht sei, zu einer Gemeinsamkeit mit der Opposition zu kommen. Sie setze alles daran, um dieses Ziel zu erreichen. Sie sei der Überzeugung, daß der jetzt von ihr vorgelegte Entwurf eine geeignete Grundlage für die weiteren Gespräche sei. Die Regierung hoffe, daß sich auf beiden Seiten eine Koalition der Besonnenen und Vernünftigen bilde. Das war die Bundespressekonferenz. Im übrigen hat er dann (*Barzel*: Jetzt wird es aber Zeit, daß Euer Beschluß auf den Markt kommt!) sämtliche Termine der CDU/CSU bekannt gegeben mit der Begründung, daß die CDU deswegen erst heute Abend zu dem Gespräch zur Verfügung stehe.

*Barzel*: Wir wollen eine Sekunde nachdenken und das würdigen. Wie sich die Kollegen aus der Fraktion erinnern, die mir gesagt haben, auf dieser Basis geht das nicht, hat die Fraktion mir den Auftrag gegeben, geh mal zu dem Bundeskanzler und sage, wir wünschen, rede noch mal mit den Russen, nachdem es vorher hieß, hier kann man nicht mehr reden, da war das ganz geheim. Jetzt sagt der Regierungssprecher, wir reden. Das bedeutet doch, daß die mit der Sowjetunion sich intern geeinigt haben. Das kann nun bedeuten, daß sie einen bereinigten Text haben oder wirklich „Vogel friß oder stirb!“ Ich würde wirklich empfehlen, Herr Kraske – ich weiß, Sie haben sicher ein Papier fertig, ich kenne das nicht – es nun mal langsam auf den Markt zu bringen, denn es müssen heute unser guter Wille wie unsere Prinzipien beschworen werden. Damit müssen wir in die Abendnachrichten, und das sollte nun eigentlich bald geschehen. Wir müssen die Debatte hier fortsetzen, aber müssen immer an die Dimension denken, wie sich das unseren Freunden und unseren Gegnern draußen darstellt. 16.00 Uhr ist die späteste Zeit für Pressepolitik.

*Kraske*: Herr Vorsitzender, in den bisherigen, ich glaube 13 Wortmeldungen ist diese Entschließung, die verteilt worden ist vor Beginn der Aussprache, nicht in irgendeinem Punkt kritisiert worden, in einigen ausdrücklich bestätigt worden. Ich würde deshalb denken, der Stand der Beratungen läßt es zu, ohne Präjudizierung den Bundesvorstand zu fragen: 1. ob er dem Antrag von Herrn Dregger zustimmt, den Bericht des Vorsitzenden zu billigen, 2. ob er diesem Entschließungsentwurf zustimmt, damit wir ihn jetzt bereits der Presse mitteilen und sagen können, die Debatte würde weiterhin fortgesetzt? (*Beifall*.) Ein Widerspruch liegt offenbar nicht vor.

*Barzel*: Meine Damen und Herren, dann fahren wir fort. Darf ich mal die Rednerliste sehen.

*Windelen*: Ich glaube, wir sind uns alle klar darüber, daß die Entscheidung, die wir in dieser Frage treffen werden, weit in die Zukunft weist. Ich glaube, sie muß getragen sein von Glaubhaftigkeit, d. h. also nicht augenzwinkernd. Dafür wird vor allem Ner-

venstärke bis zu letzten Augenblick gebraucht. Ich glaube, daß in diesem Rennen der ans Ziel kommt, der die besseren Nerven behält und – Sie sollten sich einmal informieren – wie es damit bei der anderen Seite aussieht und wie dort die Nerven flattern. Sie sollten nicht glauben, daß nur wir Probleme haben. Die anderen haben sie mindestens in gleicher Weise.

Sie haben, Herr Vorsitzender, abgehoben auf die Entschließung des westfälischen Landesvorstandes. Sie kam zustande nach einem Bericht des Landesvorsitzenden, d. h. einem Bericht meinerseits. Es war ursprünglich nicht beabsichtigt, eine Entschließung zu fassen. Sie wurde verlangt. Ich muß zunächst noch vorwegnehmen, daß der Fraktionsvorsitzende nicht einmal darüber informiert war, daß so etwas stattfinden würde, er ist also völlig unschuldig daran. (*Barzel*: Ausnahmsweise!) Eine Entschließung wurde verlangt, und die beteiligten Bundestagskollegen mußten dafür sorgen, daß sie abgeschwächt wurde, d. h. also, daß unsere Linie eines Kompromisses darin deutlich zum Ausdruck kam. Das war die Position. Und ich füge hinzu, daß wir den stärksten Druck vom Sprecher der Jungen Union<sup>38</sup> bekamen, das war die Ausgangslage. Mit dieser Formulierung ist es uns ernst. Aber ich sage Ihnen ganz deutlich, wir haben aufgepaßt, wie wir sie formuliert haben, und sie darf nun nicht augenzwinkernd verstanden werden. Das heißt also, nicht nur verbal, sondern in der Substanz sollte es klar sein. Wir haben uns ausschließlich dabei bezogen auf wörtliche Formulierungen, die die Bundesregierung dem Parlament, und zwar nicht in beiläufigen Interviews, sondern in offiziellen Dokumenten und Deklarationen gegeben hat. Und zwar nicht, und ich glaube, das muß unser Grundsatz bleiben, um uns jetzt taktisch zu entlasten, sondern weil wir das, was die Bundesregierung uns erklärt hat, eben auch unsererseits meinen müssen.

Ich habe diese Linie gestern auf dem Marktplatz in Bonn vor 20.000 oder 25.000 oder 80.000, ich habe sie nicht gezählt, Vertriebenen genau so vertreten. Ich habe dort gesagt – und es war nicht leicht –, die Opposition hat ihr geschlossenes Nein zu den Verträgen angekündigt. Daran habe sich bis heute nichts geändert. Dieses Nein kann nur dann überprüft werden, wenn alle ihre Bedenken, die auch die Bedenken der Vertriebenen sind, durch eine eindeutige Festlegung ausgeräumt werden, der auch die Sowjetregierung zustimmt. Der Kollege Czaja hat, und Sie werden abschätzen können, was das bedeutet, den gleichen Standpunkt vertreten. Das heißt also, hier wird nicht taktiert, sondern hier wird ernsthaft argumentiert, aber das muß dann für alle gelten. Das heißt, wenn die eigenen ernsthaft argumentieren, dann können die anderen nicht sagen, war schön, aber wir können ja hier noch ein bißchen verbal so nachgeben, daß das nach außen fast genau so aussieht, aber in der Essenz etwas völlig anderes ist.

Ich kriege in der Zwischenzeit Nachrichten, daß die Bundesregierung, die ja wohl auch über dieses Papier berät, oder die Koalition etwas geändert haben möchte. Interessant ist, was sie geändert haben möchte. Und der Kollege Mikat hat wesentlich mit-

---

38 Hans Werner Schmöle (geb. 1942), Unternehmer; 1958 CDU und JU, 1969–1975 Mitglied des Stadtrats von Werdohl, 1970–1972 Vorsitzender der JU Westfalen-Lippe, 1972–1983 MdB.

gewirkt, die Verträge als Einheit zusammenzubinden, und zwar in Übereinstimmung mit den Erklärungen der Bundesregierung, die die Warschauer und Moskauer Verträge als ein Ganzes behandelt haben. Nunmehr möchte die Bundesregierung oder die Koalition diese Äußerungen nur auf den Moskauer Vertrag beziehen. Sie hat aber in ihren Auskünften immer von „den“ Verträgen gesprochen. Kollege Mikat hat es immer verstanden, diese Einheit in den Vorverhandlungen zu bewahren. Jetzt soll sie aufgelöst werden. Das ist nicht nur eine Formulierungsänderung, sondern das ist die entscheidende Änderung in der Substanz. Deswegen bitte ich um Verständnis dafür, daß man hier nicht sagen kann, das hört sich doch fast genau so an, und das begreift draußen keiner mehr. Ich glaube, in so schlechter Position sind wir gar nicht. Wir beziehen uns auf die Formulierung der Regierung. Wenn die Regierung davon abrücken will, dann muß sie doch begründen, warum sie zu diesem Wort nicht mehr steht, doch nicht wir, warum wir auf diesen Erklärungen der Bundesregierung bestehen.

Und wenn man sagt, das sei doch nur ein kleiner Unterschied, und warum ist der für Euch so wichtig, dann können wir doch die Gegenfrage stellen: Das ist doch nur ein kleiner Unterschied, warum läßt es die Regierung daran scheitern? Die Position ist hier für beide Teile faktisch die gleiche, die Frage ist nur, ob es uns gelingt, das in der Öffentlichkeit umzusetzen. Aber ich glaube, damit kann man keine Politik machen, meine Freunde. Nur deswegen, weil man sagt, wir werden Schwierigkeiten haben, das in der Öffentlichkeit umzusetzen, deswegen müssen wir in der Substanz unseren Standpunkt aufgeben, das hieße, uns selbst aufzugeben. Ich glaube, so kann man nicht verfahren.

Die Entwicklung in der Koalition ist interessant. Wir haben in einem Zwischenpapier schon die Freiheit mit drin, die ist jetzt wieder raus. Warum ist sie jetzt wieder raus? Weil das nur eine Nuance ist, oder weil die Regierung hier mit uns eben verschiedener Meinung ist?

Auch die Frage des Offenhaltens war ja schon beim Zwischenstadium drin. Jetzt soll das wieder rauskommen. Ich bitte hier um Verständnis, hier geht es nicht um Glättungen von Formulierungen, sondern hier geht es eben um die Grundprinzipien unserer Politik. Und wenn die Bundesregierung jetzt auf einmal den Warschauer Vertrag nicht mehr miteinbinden möchte, den sie damals eingebunden hat mit Rücksicht auf Karlsruhe, dann müssen wir sie fragen, wie sie dann denn noch in Karlsruhe bestehen will, wenn sie das, was sie mit Rücksicht auf Karlsruhe in ihrer Antwort zusammengebunden hat, jetzt wieder aufschnüren will. Diese Frage muß doch dann ganz deutlich gestellt werden.

Hier ist auf die Folgen eines Ja und eines Nein hingewiesen worden, wobei man immer die Frage stellen muß, unter welcher Voraussetzung stellt sich das Ja oder das Nein, das brauche ich nicht zu wiederholen, das ist hier gesagt worden. Hier ist hingewiesen worden, daß es schwer sein werde, jene enttäuschten Wähler oder potentiellen Wähler zu binden oder wieder zu gewinnen, die erwartet haben, daß wir eigentlich schon so nahe sind, daß wir jetzt nicht mehr nein sagen können. Das räume ich ein. Aber ich bitte, in die Rechnung einzubeziehen jene Wähler, nicht potentielle, sondern tatsächliche Wähler, die uns in allen letzten Wahlen nur deswegen gewählt haben, weil wir diese Position in der Deutschland- und Ostpolitik eingenommen haben und die wir

dann mit Sicherheit nicht mehr halten können. Keiner in diesem Raum, auch ich nicht, kann sagen, wie viele das sind. Das sind ... (*Blüm*: Wohin gehen die denn?) Wenn Sie gestern in Bonn auf dem Marktplatz gewesen wären, dann wäre diese Antwort überflüssig, da wurde schon deutlich, wohin sie gehen würden. Aber ich möchte das hier nicht ausweiten. Keiner kann sagen, ob wir mit dieser Politik mehr verlieren oder mehr gewinnen. In jedem Fall verlieren wir unsere Glaubwürdigkeit, wenn wir hier nur taktisch operieren würden. Gegen einen Ausgleich habe ich nichts einzuwenden, den habe ich vertreten, dazu stehe ich, aber gegen einen Formelkompromiß (*Barzel*: Sehr gut!), der uns die Glaubhaftigkeit rauben würde, muß ich in aller Deutlichkeit mich aussprechen.

Oder das nächste, ich habe begründeten Anlaß zu der Annahme, daß Moskau und Warschau in dieser Frage der Klarstellung und breiten Mehrheit wahrscheinlich konzilianter ist als die Bundesregierung selber. (*Barzel*: Ist doch ganz klar. Das weiß ich doch!) Kollege Barzel wird wahrscheinlich, wenn er es nicht inzwischen hat, einige Unterlagen dafür bekommen, und er wird Sie darüber unterrichten, aber ich glaube, wir sollten das zur Kenntnis nehmen, weil der Kollege Schwarz-Schilling ja umgekehrt argumentiert hat, die Bundesregierung wolle, Moskau und Warschau aber nicht. Die Position ist eher umgekehrt, daß die Bundesregierung befürchtet, ihre innenpolitische Operationsbasis zu verlieren, wenn sie jetzt konzedieren muß, daß sie unrecht verhandelt hat, daß mehr hätte herausgeholt werden können und daß sie deswegen der Vorwurf trifft. Aber das, meine Freunde, müssen wir in unseren Standpunkt mit einbeziehen. (*Barzel*: Das müssen wir der Regierung zumuten.) Wenn die Regierung in dieser Phase schon bereit ist zu kapitulieren, nun dann können wir doch von Moskau und Warschau nicht erwarten, daß sie dann noch etwas tun, was unsere Position festigen könnte, das hieße wirklich, diese Leute zu überfordern.

Das letzte, was ich noch sagen wollte, das war die Feststellung – die schien unwidersprochen zu sein, ich möchte hier mindestens Zweifel anmelden –, wenn die Ostverträge an unserem Nein scheiterten, so war offenbar die mindestens unwidersprochene Auffassung, dann gäbe das automatisch und sofort Neuwahlen unter fürchterlichen Vorzeichen. Nun tritt folgendes ein: Der Kollege von Kühlmann-Stumm scheidet dann aus und der Kollege Mende rückt nach und die Regierung hat wieder eine Mehrheit, und sie wird sich das sehr wohl überlegen, ob sie jetzt in dieser Phase in Neuwahlen gehen oder ob sie nicht eine günstigere Situation abwarten soll. Das heißt, ich sehe das mindestens nicht als erwiesen und zwingend an, daß wir dann aus dem Stand heraus in den Wahlkampf treten würden. Ich sehe es als sehr viel wahrscheinlicher an, daß man versucht, über den Herbst zu kommen und dann möglicherweise Neuwahlen in Erwägung zieht. Aber Sie wissen, wie schwierig das mit Neuwahlen ist. Hier würde ich mich keineswegs nur auf eine Möglichkeit festlegen, da gibt es noch einige andere Varianten.

*Barzel*: Vielen Dank, ich glaube es war wichtig, diese Erläuterungen zu hören. Ich glaube, was mich wenigstens und alle Unterhändler betrifft, wir machen eine Strategie und eine seriöse Politik.

*Blüm*: Ich kann natürlich nicht die Gedanken der Gegenseite lesen, ich kann nur versuchen, mich in ihre Position zu versetzen. Da spricht alles dafür, daß die Sowjet-

union nicht an einer Gemeinsamkeit interessiert ist. Denn bei einer knappen Annahme der Verträge hat sie beides: Sie hat den Vertrag und sie hat weiterhin das Reservoir von Männern, das sie braucht, um ihren Block zusammenzuhalten. Bei der Regierung läuft das ganze doch wohl, das ist ja hier mehrfach auch angedeutet worden, auf eine Polarisierung hinaus. Auch das ist nicht im Widerspruch zu den Interessen der Sowjetunion. Was die SPD anbelangt, so kann ich mir auch vorstellen, daß Wahlen über die Ostpolitik das beste sind, was ihr passieren kann. Das schlimmste, was ihr passieren kann – da müssen wir, Herr Filbinger, doch etwas aus den Landtagswahlen Baden-Württemberg sagen – ist, daß die Frage nach den inneren Reformen gestellt wird, daß Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zum Vorschein kommt. Denn hier lösen sich alte Fixierungen zwischen Arbeitnehmerschaft und SPD auf, wenn diese Fragen gestellt werden. Die werden aber wieder gefestigt, wenn es einen Wahlkampf gibt, der lediglich mit ostpolitischen Themen geführt wird. Auch im Falle einer knappen Annahme der Verträge scheint mir die Position von Brandt gefestigt zu sein. Dann wird er derjenige sein, der Gemeinsamkeit gesucht hat und dennoch beständig in der Hektik seine Politik durchgesetzt hat. Ich meine, wir würden bei dem Stichwort Gemeinsamkeit vielleicht – und das müßte jeder bei sich selber prüfen – schon etwas uns fürchten vor einem Umfaller-Komplex, als wäre der Versuch zur Gemeinsamkeit eine Kehrtwendung. Demgegenüber möchte ich sagen, die Gemeinsamkeit ist ja nicht vom Himmel gefallen, sondern sie würde nur kommen, wenn wir mehr erreicht haben, als der Stand vor drei Wochen war. Und das ist doch heute schon der Fall. Es kann doch wohl niemand bestreiten, daß wir heute weiter sind als vor drei Wochen. Wer das bestreiten würde, würde den Blick vor den Tatsachen verschließen.

Ich meine also, wir sollten unser Licht nicht unter den Scheffel stellen. Ich halte es für einen Fortschritt, wenn ich das richtig gehört habe, daß hier ausdrücklich festgestellt wird, daß friedensvertragliche Regelungen nicht vorweggenommen werden. Ich halte das für einen Fortschritt und ich könnte mir denken ... (*Zwischenruf*: Das dürfen Sie so allein, so allein nicht sagen, denn das ist ja der Wunsch der Sowjetunion selbst immer gewesen. Die will ja diese Feststellung. Sie müssen sie hinzunehmen.) Ja, dann weiß ich nicht, warum wir immer gesagt haben, die Sowjetunion würde sich gegen diese Behauptung ... (*Zwischenruf*: Mit dem Zusatz, daß die deutsche Frage offengehalten wird, dann stimmt der Satz!) Ja, dann frage ich mich, warum dieser Satz, warum der schon drin war, wenn der der Sowjetunion so ... (*Zwischenruf*: Ich wehre mich nur gegen die Zitierung des Satzes allein.) Ich hatte ja noch ein paar Sätze. Auch das Selbstbestimmungsrecht ist eine Sache, um die wir gekämpft haben, die jetzt drin ist. Ich halte das für einen Fortschritt. Und wir sollten da nicht so ängstlich sein. Was ich hier schon einmal vorgetragen habe, die Qualität dieses Vertrages wird sich nicht zuletzt in der Praxis zeigen. Völkerrechtliche Verträge zeigen ihre Qualität sehr stark dadurch, wie sie angewandt werden. (*Zwischenruf*: Das heißt, wollen wir die Belastungsfähigkeit der Wirtschaft ausprobieren?<sup>39</sup>). Nein, d. h. es nicht, denn, ich glaube,

---

39 Anlehnung an eine Äußerung von Jochen Steffen, Oppositionsführer in Schleswig-Holstein, der in der SPD marxistische Positionen vertrat.

Sie werden ja wahrscheinlich zwischen völkerrechtlichen Verträgen und dem Sozialprodukt noch einen Unterschied machen. (*Barzel*: Das ist in diesem Kreise unstrittig.) Gut, dann bin ich ja wieder einmal voller Übereinstimmung mit diesem Kreis. Ich glaube, daß wir bei dem, was aus dem Vertrag gemacht wird, durchaus noch die Aufmerksamkeit dieser CDU brauchen und ihre ganze Skepsis. Niemand richtet hier einen Appell an die CDU, sozusagen zu einer Umarmungstaktik, zu einer Harmonie in der Außenpolitik zu kommen. Wir werden im Verfolg dessen, was aus dem Vertrag herauskommt, noch eine Menge Aufgaben haben. Unsere Wachsamkeit wird gerade in Zukunft gefordert werden. Ich glaube gerade unsere Wachsamkeit wird effektiver sein in einer nicht polarisierten Landschaft als in einer Landschaft, in der mit Argumenten zu arbeiten ist. Das, meine ich, wäre ganz sicher so.

Nun aber doch mal etwas zu der Art und Weise der Ratifizierung. Wenn wir den Unterschied zwischen einer widerspruchlosen Annahme und einer Bestätigung zu einer Bedingung aufbauen, die unüberwindbar ist, dann, fürchte ich, werden uns im Anschluß Rechtsgelehrte sagen, daß im Rechtssinne dieses beides gleich ist. (*Barzel*: Wir haben es vorliegen.) Ich halte es immerhin für bedenklich, das sozusagen zu einem Hauptwiderstand gegen die Verträge aufzubauen, wenn ein Großteil der Rechtswissenschaft sagt: Ihr seid im Rechtssinne ... (*Barzel*: Darf ich Ihnen ausnahmsweise ins Wort fallen? Ich habe hier gesagt, und das ist ein wichtiger Satz, „rechtlich verbindlich machen“, und Herr Dregger hat das kluge Wort von „völkerrechtlich relevant“ gesagt, was ich im Ohr habe.) Herr Vorsitzender, wenn ich Ihr Beispiel Adenauer richtig verstanden habe, dann spricht das in der Tat für meine Behauptung, wenn Sie sagen, im Vertrag habe ein Vorbehalt zur deutschen Einheit gestanden, im Adenauerschen Brief habe der Alleinvertretungsanspruch gestanden, den wir aber jahrelang unter Berufung auf diesen Brief aufrecht erhalten haben, als rechtlich relevant. (*Barzel*: Nicht in Berufung auf diesen Brief, sondern auf eine Erklärung der Westmächte und auf einen Vertrag.)

*Kraske*: Der nächste Redner ist Herr Hasselmann.

*Hasselmann*: Meine Damen und Herren, ich glaube, es wäre gut – da ich aus der Provinz komme, kenne ich die Stimmung draußen –, wenn überhaupt nicht der Gedanke aufkäme, daß diese CDU sich im Rückzug befände zu einem Ja zur Veränderung der Lage. Das schadet uns erstens. Und aus dieser Überlegung folgt zweitens das Urteil über die gegnerische Seite. Die gegnerische Seite, ich folge Herrn Windelen voll, ist in einer ähnlichen, nach meinem Dafürhalten verzwickten Situation, denn wir haben es – lassen Sie uns das *expressis verbis* festhalten – ganz ohne Frage mit zwei Parteien innerhalb der SPD zu tun.

Erstens, ich glaube das jedenfalls, die eine Seite, die bestimmt nicht für die Gemeinsamkeit sein kann, wird sagen, wenn die CDU so weiter macht, kaufen sie uns die besseren Verträge. Dann sind sie es gewesen. Zweitens, die Situation, die wir jetzt vorfinden, ist die beste Möglichkeit, die Geschlossenheit der CDU zu spalten. Darauf wird sie setzen. Und ich glaube, wir müssen uns ein bißchen beschäftigen mit der Frage, wie wir hier vorgehen mit unserer eigenen Haltung aus der Sicht der anderen, um daraus eigene Schlüsse zu ziehen. Drittens, was bleibt uns eigentlich beim Wahlkampf,

ob wir ihn jetzt oder in einem Jahr führen, wenn die Ostverträge mit denen gemeinsam und durch sie verbessert über die Bühne gegangen sind? Was bleibt uns dann? (*Unruhe und Diskussion.*) Dann können sie sagen, was wird die Jugend sagen, was wird die Bevölkerung sagen, wenn wir, SPD, diesen Weg mitgehen mit der CDU?

Also, hier würde es nicht, wie Herr Ahlers sagte, notwendig sein, daß Barzel Entgegenkommen, wie er es nannte, jetzt zeigen muß, ob er sich durchsetzen kann – und man meinte dann, vor allem der CSU gegenüber, aber auch unseren eigenen Reihen gegenüber –, sondern es wird darauf ankommen, wenn es diese zwei Seiten in der SPD gibt, ob der Brandt sich durchsetzen kann, wem an diesen Verträgen liegt, wer interessiert an einer Friedenskonferenz ist, und ich will auch von der UNO reden. Das sind doch die entscheidenden Dinge.

Alles das, was wir jetzt tun, scheint ihn ein bißchen daran zu hindern, dahin zu kommen. Muß man überlegen, wie man dahin kommt, und deshalb ist das Wort richtig von Herrn Windelen, daß wir mit an die immerzu denken müssen, die wegen unserer Haltung zu uns gekommen sind. Wir haben uns auch diese Situation mit geschaffen. Nicht nur Helms, sondern auch die anderen. Die gilt es zu bedenken, die 18.000 Vertriebenen, die hier gewesen sind, aber nicht nur sie, auch der einfache Wähler, der sich nicht vorstellen kann, was eine Annahme der Verträge bedeutet.

Die FDP können wir aus dem Spiel lassen, so oder so wird sie sich aufspalten, das ist eine Sache, über die zu reden sich nicht lohnt. Ich glaube, daß wir fragen müssen, wie eine Geschlossenheit in der Fraktion für das eine oder für das andere erreichbar ist, entweder für ja oder nein, wobei ich, Herr Dr. Blüm, keineswegs der Meinung bin, daß das Ja leichter ist für die Fraktion als das Nein. Das Nein ist leichter. Ob uns das gelingt, diese Geschlossenheit sowohl als auch zu demonstrieren? Ich glaube, daß man unter die Bevölkerung tragen kann, daß in der Tat gemäß dieses Vorgangs die Positionen für uns verbessert sind, aber auch die Verträge sind besser geworden, ganz abgesehen von den Ergänzungen, über die hier genügend gesprochen ist. In der Bevölkerung wird wegen der Zerreißprobe und der Nerven der Ruf nach Schluß der Debatte tatsächlich hörbar. Die möchten gerne fertig werden. Ich glaube allerdings, daß Zeitgewinn für die Partei spricht, für unsere Partei. Wenn Sie morgen erreichen könnten, Herr Dr. Barzel, daß Sie nicht in die Debatte eintreten, dann erläutern Sie, und dann hören wir mal. Seine Arbeit wird im Lande mit besonderem Interesse gesehen, weil man weiß, daß es ihm ja nicht nur um Addition von Buchstaben geht, sondern daß er sich ernsthaft mit dem, was darunter zu verstehen ist, auseinandersetzt. Deshalb würde ich meinen, wir können im Bundesvorstand eigentlich nur zur Kenntnis nehmen, unsere Meinung äußern und Sie bitten, in der Fraktion die Entscheidung zu fällen, wenn Sie sie fällen müssen. Wir können kaum noch einen Rat geben. Es gibt im militärischen Bereich diesen Zustand „ohne Lage“. Und dieses „ohne Lage“, das scheint mir im Augenblick der Fall zu sein. Sie sind heute Abend um 22.00 Uhr klüger, wenn Sie um 20.00 Uhr hingehen, deshalb können wir Ihnen und Ihren Freunden auch nicht mehr als alle Handlungsfreiheit bestätigen.

*Krasko:* Darf ich Ihnen in einer besonderen Lage einen besonderen Vorschlag machen? Wir haben, es ist jetzt 16.30 Uhr, noch eine sehr umfangreiche Rednerliste. Ich

würde Ihnen trotzdem empfehlen, daß wir versuchen, entweder bis 17.00 Uhr zum Abschluß zu kommen, oder mindestens schon jetzt unserem Vorsitzenden, mit dem ich nicht darüber gesprochen habe, sagen, daß wir Verständnis dafür haben, wenn er um 17.00 Uhr hier die Sitzung verläßt, denn es gibt um 18.00 Uhr eine Fraktionssitzung und um 20.00 Uhr dieses entscheidende Kommissionsgespräch, und ich glaube, ein Minimum an Ausgeruhtheit unseres Vorsitzenden ist für uns mehr wert (*Beifall.*) als ständige Anwesenheit. Ich bitte also um Verständnis. (*Unruhe und Diskussion zur Geschäftsordnung.*)

*Czaja:* Der Herr Vorsitzende hat gesagt, die vorliegende Regierungsresolution ist unzureichend. Ich glaube, man erkennt das Unzureichende, wenn man es mit dem entscheidenden Punkt des westfälischen Papiers vergleicht. Ich glaube, in zwei Punkten ist die Resolution in entscheidenden Punkten unzureichend. Erstens einmal sagt mit Recht das westfälische Papier, das Offenhalten dieser Verträge beschreibt einen Zustand und schafft keine Rechtsgrundlage für bestehende Grenzen. Also eine ganz klare Aussage. Es kann um einen Gewaltverzichtsvertrag, meinerwegen um einen qualifizierten Gewaltverzicht gegenüber den Mandatslinien, aber nicht eine Grenzanerkennung gehen. Das war die präzise Linie, die die CDU gegangen ist. Mir scheint in der Resolution der Regierung diese präzise Linie nicht erreicht und nicht bestätigt zu sein. Mir scheint auch nicht enthalten zu sein die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands im Rahmen einer europäischen Friedensordnung. Dies steht im Widerspruch zu den Verträgen. Das ist auch durch den Brief zur Deutschen Einheit nicht gewährleistet, ist in unserer Fraktion im Rechtsausschuß als auch im Auswärtigen Ausschuß so festgestellt worden. Im übrigen auch Herr Bundeskanzler Kiesinger hat in seiner bekannten Rede nach dem Eingreifen in Prag am 2. September 1968 gesagt<sup>40</sup>, Freiheit geht vor Einheit, aber diese Freiheit ist hier in keinsten Weise gewährleistet.

Meine Ansicht ist, wenn es uns nicht gelingt, dies durch eine gemeinsame Vereinbarungsform klarzustellen, auch im Papier zur Geltung zu bringen, daß dann kein Ja oder keine Enthaltung erfolgen kann. Herr Frank<sup>41</sup> hat auch in den Ausschußberatungen nicht widerlegen können, daß er gesagt hat: Die ausdrückliche Bestätigung der Oder-Neiße-Grenze als die Westgrenze Polens – und das sagt er mit Bezug auf Punkt 3 des Moskauer Vertrages – wäre mehr als der *Modus vivendi* und wäre ein Vorgriff auf den Friedensvertrag, also eine Präjudizierung des Friedensvertrages. Und Herr Scheel sagt zu dem gleichen Punkt gegenüber Herrn Gromyko, daß dieser Satz nicht in Übereinstimmung mit der internationalen Rechtslage steht, und deshalb hat auch Herr Birrenbach mit Recht gesagt, nach der bisherigen Kenntnis der Protokolle empfiehlt

---

<sup>40</sup> Vgl. Nr. 5 Anm. 26.

<sup>41</sup> Dr. Paul Frank (geb. 1918), Diplomat; 1950 Eintritt ins Auswärtige Amt, persönlicher Referent des deutschen Generalkonsuls in Paris Wilhelm Hausenstein, bis 1960 Referent für Westeuropa und Nordafrika, 1960–1963 Botschaftsrat an der UN-Mission in New York, 1968–1970 Ministerialdirektor und Leiter der „Politischen Abteilung I“, 1970–1973 Staatssekretär, 1974–1979 Chef des Bundespräsidialamtes. Memoiren: Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur. Stuttgart 1981.

er ein Nein. Wenn hier in diesem Punkt keine Klarstellung erfolgt, widerspräche das auch dem einschlägigen Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 26. Mai 1970<sup>42</sup>, die ausdrücklich nicht nur sagte, die Festlegung von Grenzen bleibt einem frei vereinbarten Friedensvertrag mit Deutschland vorbehalten, sondern auch klar sagt, die Fraktion wird sich daher jeder Vorwegnahme von materiellen Grenzregelungen widersetzen. Diese Stellungnahme ist am 15. Oktober 1970 noch einmal bestätigt worden.<sup>43</sup>

Ich stütze mich aber hier nicht nur auf rechtliche Gesichtspunkte. Ich meine politisch, daß ein solches Nicht-Offenhalten der gesamten deutschen Frage letzten Endes nicht einem gerechten oder auch nur einem tragbaren Frieden dient. Ein Kompromiß, der dem einen alles gibt und dem anderen alles nimmt, ist kein Kompromiß, auch nicht ein glücklicher Kompromiß für unsere östlichen Nachbarn. Ich meine das Anstreben eines wirklichen Kompromisses, den ich ja dann noch bis 1967/68 bis hinein in unsere Fraktion vertreten habe. Und das, was ich darunter verstehe, hat er in einem Interview Ende 1971 ja bestätigt.<sup>44</sup> Das Zuschlagen der Tür würde uns nicht gut tun. Zur Ratifizierung selbst könnte ich sagen, daß natürlich nicht nur zur Kenntnis gegeben wird eine Entschließung des Bundestags, weil der Vertreter des Völkerrechtssubjekts ja die Bundesregierung ist. Die Bundesregierung hat sich den Beschluß voll zu eigen zu machen und hat ihn als außenpolitischer Vertreter der Bundesrepublik Deutschland zu überreichen. Wir müssen aus parteipolitischer Sicht sagen, daß der Spielraum der CDU/CSU ein verhältnismäßig geringer in dieser Bundesrepublik Deutschland ist. Wir müssen daher alle Kräfte zusammenhalten, um eine klare Mehrheit, eine tragbare Mehrheit, auch bei den nächsten Wahlen, zu erreichen. Dann entscheiden 2 bis 3 bis 5 %. Herr Dr. Barzel hat bei der vorletzten Bundestagswahl mit Recht erklärt, daß 1,8 % oder 2 % entscheiden werden über die Wahlen. Hinüber oder herüber. Das wird vielleicht etwas größer noch, aber es wird eh wieder der Fall sein. Wir müssen also, wie Herr Hasselmann sagt, alle Kräfte binden, die mit ihrem Vertrauen zur CDU in der letzten Zeit in den Landtagswahlen gestoßen sind, und wir dürfen sie nicht in die parteipolitische und staatspolitische Abstinenz hineintreiben. Wenn Sie in Baden-Württemberg sich die großen Industriestädte ansehen, so sehen Sie, Herr Blüm, und das ist bedeutsam, daß die SPD insbesondere in den Stadtrandsiedlungen zwischen 3 und 1 % der Stimmen bei gleichzeitigem Abfall der DKP verloren hat. Das zeigt doch, daß eine Schicht, die aus sozialen Gründen dort ihre Zuflucht suchte, in der Ostpolitik von der SPD in diesem Wahlkampf sich abgestoßen fühlt. Das darf man bei der ganzen Sache nicht verkennen. Meine Bitte in dieser Angelegenheit ist die, daß wir nicht ein Votum herbeiführen, das es einigen von einem kleinen Teil der Fraktion nicht ermöglicht würde, nicht nein zu stimmen. Und dies ist nur dann möglich, wenn eine Klarstellung, kein Grenzvertrag, sondern ein qualifizierter Gewaltverzichtsvertrag nur erfolgt.

*Barzel:* Vielen Dank für diese sehr präzisen Hinweise.

---

42 Vgl. Nr. 9 Anm. 11.

43 Vgl. Nr. 10 Anm. 14.

44 Barzel im Deutschlandfunk am 25. November 1971 zum Thema „Wo beginnt die Gemeinsamkeit in nationalen Fragen?“ (BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4).

*Wex:* Ich kann sicherlich keine rechtlichen Beiträge leisten, aber zum inneren Spielraum, von dem jetzt gesprochen ist und zu den beiden Ausführungen weit in die Zukunft, wie diese Entscheidungen greifen, und auch von der Frage der Substanz dessen, mit dem wir jetzt umgehen. Ich bin der Meinung, daß die Wertschätzung der CDU in der letzten Zeit rapide gestiegen ist und zwar einfach durch die Führung und die Möglichkeit, geschlossen zu votieren. Sogar eine gemeinsame EntschlieÙung und die Verbesserung werden der CDU als Positivum angerechnet, gerade auch jetzt schon in den Verhandlungen. Und wir haben bei der Entscheidung damals, über den Haushalt abzustimmen und dadurch die Regierung zum Nachdenken zu zwingen, ja doch eine wichtige Aussage gemacht, daß wir die Polarisierung nicht über die Ostverträge wollten, sondern daß wir zur Stabilisierung hier in der Bundesrepublik beitragen wollen. Und wenn Sie von dem Blick in die Zukunft gesprochen haben, dann doch auch deswegen, weil die demokratischen Kräfte hier zusammengehalten werden, denn die Auseinandersetzung mit unseren politischen Gegnern hört ja hier nicht auf, sondern sie fängt erst an. Aus diesem Grunde meine ich, der Spielraum, den Herr Barzel noch erreicht hat, hat in der letzten Zeit zu einer großen Stabilisierung einer großen politischen Partei, die unabdingbar ist für die Haltung hier in der Bundesrepublik, beigetragen, und das sollten wir weiter unterstützen mit all den Belangen, die von allen Seiten natürlich in dieser Forderung Bestand haben.

*Kraske:* Ich bitte um Verständnis, da ich selbst auf der Rednerliste stehe, möchte ich drei Bemerkungen machen: 1. Ich habe auf dringenden Rat einer ganzen Reihe von Kollegen, und zwar übereinstimmenden Rat, an der Ihnen vorliegenden EntschlieÙung zwei Worte geändert. Ich habe das Wort „unverantwortlich“ nicht gesagt, und ich habe das Wort „mehrheitsfähig“ ersetzt durch das Wort „zustimmungsfähig“, was wir bisher immer benutzt haben. Da das stets so in der Presse gelaufen ist, möchte ich Sie nur davon unterrichten.

2. Es ist in einem frühen Stadium der Debatte auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, welche Entscheidung wir auch treffen, sie zu begleiten durch eine sehr schnelle und sehr wirkungsvolle Propagandaaktion, Werbeaktion. Herr Dregger, ich glaube Sie hatten es gesagt, das ist natürlich zu sehen unter dem Gesichtspunkt unserer finanziellen Lage. Trotzdem habe ich heute mit dem Bundesschatzmeister ein Gespräch darüber geführt, daß wir für diesen Zweck Sondermittel zur Verfügung stellen. Die Bundesgeschäftsstelle hat unter Führung von Herrn Hennig und unter besonderer Beteiligung von Herrn Krakow, der, glaube ich, hier ist, ein vorzügliches Programm über das Wochenende erarbeitet, das praktisch darauf eingestellt ist, daß in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag bereits die Druckmaschinen laufen. Ich hoffe also, daß wir hier die Kreisverbände schnellstens mit Rednermaterial, mit Argumentationskarten, mit Flugblättern bis hin zu einem Anzeigenentwurf und einem Plakatentwurf bedienen können.

3. Ich schlieÙe mich all denen an, die hier gesagt haben, wenn wir aus dem „so nicht“ eine Zustimmungsfähigkeit machen, d. h. ein Ja machen, dann müssen unsere grundsätzlichen Forderungen erfüllt sein, wir müssen das guten Gewissens tun können und können das nicht nur aus taktischen Gründen tun. Aber wir wissen alle, und das

hat die Diskussion ja auch erbracht, daß es hier natürlich einen gewissen Spielraum gibt, den wir unserem Vorsitzenden mit auf den Weg gegeben haben und an dem wir festhalten müssen, und daß es am Ende möglicherweise doch ein Paket geben wird, über das man dann entscheiden muß. Für diese Entscheidung, die wir dann in der Fraktion treffen und vor der wir nicht mehr diskutieren können, möchte ich zwei Bemerkungen machen aus dem besonderen Bereich, für den Ihr Generalsekretär zuständig ist, nämlich erstens: Nach den mir vorliegenden Informationen wird innerhalb der Bundesregierung und der SPD der Druck immer stärker, bei einem Scheitern der Ostverträge alles zu tun, um so schnell wie möglich zu Neuwahlen zu kommen. Das geht bis hin zu Vorüberlegungen, ob man nicht aus der Parteikasse der SPD diese leidigen Pensionsprobleme, die ja bei manchen das Thema Neuwahlen in besonderer Weise belasten, regulieren kann, außerdem wird es einen ungeheuren Druck eines überwiegenden Teils der Presse und des Fernsehens sowieso in diese Richtung geben. Deswegen würde ich empfehlen, wir sind gut beraten, wenn jeder von uns, der für ein Nein zu votieren gedenkt, in dieses Votum bewußt die Bereitschaft zu Neuwahlen über gescheiterte Verträge hineinnimmt. Was das bedeutet, mache ich Ihnen nicht stimmungsmäßig, sondern ich mache es Ihnen mit einem Beispiel rechnerisch klar. Die 53 % in Baden-Württemberg hätten auf Bundesebene umgerechnet zu einer CDU-Mehrheit 249, im besten Falle 250, Mandaten geführt. Ich stelle jedem, der in Baden-Württemberg war, die Frage, ob wir dort diese 53 % erreicht hätten, wenn wir den Wahlkampf statt auf der Basis des „So nicht“ auf der Basis gescheiterter Verträge geführt hätten, wenn wir nicht versucht hätten, die landespolitischen Fragen, innenpolitischen Fragen ganz stark in den Vordergrund zu rücken, und, ob wir die erreicht hätten, wenn wir nicht gesagt hätten, hier wird zwar über Ostpolitik debattiert, aber entschieden wird über die Ostpolitik an anderer Stelle.

Mein zweiter Hinweis ist der: Ich stimme denen zu, die sagen, diese letzte Woche hat uns einen ungeheuren Zugewinn an Sympathien gebracht. Dieser Zugewinn läßt sich relativ gut lokalisieren. Er betrifft insbesondere Jungwähler, er betrifft Intellektuelle, wenn ich den Begriff mal so wählen darf, und er betrifft die große Gruppe des urbanisierten Mittelstandes. Bei diesen Gruppen sind viele, von denen wir aus der Vergangenheit wissen, daß sie in der Frage ihrer Einstellung zur CDU auf innenpolitischem Gebiet eher bereit waren, die CDU zu unterstützen als in der Frage der Außen- und Ostpolitik. Meine Frage, die ich uns allen mit auf den Weg gebe, ist die, ob wir mit solchen Erkenntnissen, daß wir in diesen Gruppen einen Nachholbedarf haben, nur immer mit Professor Kaltefleiter eine Wahlanalyse anstellen, oder ob wir, im Blick auf eine langfristige Stabilisierung und Verbreiterung unseres Wählerpotentials das auch in unseren Entscheidungsprozeß in einer solchen Frage jetzt einbeziehen werden. Vielen Dank.

*Amrhein:* Herr Vorsitzender, daß ich während einer Diskussion, die unter solchem Zeitdruck hier heute steht, und zwei noch andere Veranstaltungen vor uns liegen, das zweitemal das Wort ergreife, müssen Sie entschuldigen. Ich tue es dennoch, entschuldige mich also und spreche zum zweitenmal, weil ich den Eindruck hatte, daß mein Versuch zu Anfang, kurz auf die Grundlage, die der Vorsitzende hier gelegt hat, zu

greifen und damit abzukürzen, doch zu einer Diskussion geführt hat, in der Töne hörbar geworden sind, denen ich widersprechen möchte, weil sonst jemand eines Tages sagen könnte, das hätten Sie eben an jenem Montag mit zum Ausdruck bringen sollen, wie das neulich in der Fraktion bei einer anderen Angelegenheit einem anderen Kollegen gesagt worden ist, dann hätte er es am Montag anmelden müssen.

Zunächst möchte ich ganz bestimmt dem Grundsatz widersprechen, wir hätten in den letzten drei Wochen mehr erreicht für den Stand der Verträge, als er vor drei Wochen war und deswegen sei unsere Grundposition mehr oder weniger schon verändert. Es handelt sich nicht darum, einige kosmetische Verbesserungen zu erreichen, sondern es muß genug erreicht werden, wenn man seine bisherige Position ändern will.

Zweitens habe ich vom Kollegen Dr. Birrenbach bisher leider noch nicht gehört, worin die Kenntnisnahme, von der heute wiederholt die Rede gewesen ist, bestand. Hat da jemand gesagt, das dauert 14 Tage oder wird vorgelesen, so daß man nicht einmal das bei der Einführungsentschließung, wie hier heute, alles so richtig sofort aufnehmen und beurteilen kann?

Drittens, die Mitteilung, die Herr Ackermann gemacht hat, liegt hier vor, daß die Regierung bereit ist, den Vier Mächten diese Entschließung zu notifizieren. Ich möchte hier an dieser Stelle, den Punkt hatte ich aufgeworfen und der ist wiederholt behandelt worden, noch einmal deutlich sagen: Den Vier Mächten notifizieren heißt überhaupt nur, einseitig etwas mitteilen. Das ist ohne jeden Wert für den Vertragsinhalt. Das bedeutet überhaupt nichts und auch selbst dann nicht, Freund Schwarz-Schilling, wenn es eine einheitliche deutsche Kundgebung des Bundestages ist. Der Vertragstext, so sagten Sie, würde am besten geändert. Das können wir den Russen wirklich nicht zumuten. Aber wenn der Vertragsinhalt eine Veränderung erfahren soll, so möchte ich vorsichtig fragen, muß es doch wenigstens in einem Notenwechsel bestehen und nicht bloß in einem Wort, das der Botschafter Falin dem Bundeskanzler und dem Oppositionsführer sagt.

Und nun möchte ich auch noch mal auf den Punkt, weil das untereinander noch immer nicht hinreichend klar zu sein scheint, kommen, daß Bezug genommen wird auf diesen Briefwechsel von 1955 und auf den einseitigen Brief, den damals Adenauer an Bulganin geschrieben hat.

Zunächst einmal bezieht sich der einseitige Rechtsvorbehalt, den Adenauer mit Bezug auf Alleinvertretung und mit Bezug auf die Grenzen im Jahre 1955 gemacht hat, auf andere Punkte als im Vertrag durch Briefwechsel vereinbart war. Der Briefwechsel enthielt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die in Aussichtnahme einer staatlichen demokratischen Einheit Deutschlands. Das war Vertrag. Die beiden anderen Punkte sind andere Punkte, und da ist der einseitige Rechtsvorbehalt wirksam. Was aber überhaupt nicht geht, ist, einen Vertrag zu schließen und hinterher einseitige Rechtsvorbehalte anzumelden, die mit dem eindeutigen Vertragswillen der Parteien in Widerspruch stehen. Das wäre ein Weg, den wir uns dann vormachen. Das ist kein wirklicher Weg. Und insofern unterscheidet sich Einseitigkeit der Notifizierung oder auch der einseitige Rechtsvorbehalt, der vor dem Bundestag erklärt worden ist, grundlegend von der Berlin-Vereinbarung.

Die Berlin-Vereinbarung besteht im wesentlichen zwar auch aus einseitigen Erklärungen des Westens und des Ostens. Das ganze ist aber zusammengebunden durch gemeinsame Unterschriften, und so nehmen wir es hin. Wir machen es uns nicht zu eigen. Und insofern hat das also wirklich einen großartigen Modellcharakter, daß die Russen etwas hinnehmen, dulden, als nicht vertragswidrig ansehen, ohne es sich im Inhalt zur eigenen Politik machen zu wollen. Das ist die formelle Seite, die man klar haben muß.

Nun komme ich aber zur materiellen Seite, und da hat der Freund Köppler gesagt, wir sollten hinterher, wenn die Punkte unserer Entschließung erfüllt sind, nicht neue Schwellen aufrichten. Freund Köppler, ich bin der Meinung, wir sollten unser eigenes Wort ruhig ernst nehmen. Aber, hier sind in der heutigen Entschließung unsere Vorstellungen auf eine kurze Formel reduziert, die ja inhaltlich mehrere wesentliche Aussagen umschließt. Ich weiß nicht, ob es einen Grund gibt, daß man gesagt hat, nicht präjudizieren statt offenhalten, ob das gewollt ist oder ob das Rücksichtnahme auf polnische Einwände ist, wie man gehört hat, das hört das Volk nicht gern. Aber im Mark besteht ja auch kein Wort von der Selbstbestimmung in dieser Entschließung, und wir meinen doch, daß das Offenhalten oder Nicht-Präjudizieren der deutschen Frage auch unser Recht auf Selbstbestimmung umfaßt. Ich bitte also Freund Köppler, wenn nachher jemand sagt, die deutsche Frage sei doch offen, aber die Selbstbestimmung ist gleichwohl nicht gesichert, das nicht zu betrachten als die Aufrichtung einer neuen Schwelle.

Nun habe ich einen Großteil gesagt. Wir haben im Auswärtigen Ausschuß und in der Antwort auf die Große Anfrage x-fach gehört, daß die deutsche Frage offen bleibe und daß die Bundesrepublik überhaupt nicht in der Lage sei, verbindliche, endgültige Regelungen zu treffen, weil es ja den Vier-Mächte-Vorbehalt gebe. Und das wird auch die Antwort und Erklärung immer wieder sein, die wir von der Regierung hören. Darauf kommt es aber gar nicht an. Der formale Rechtsvorbehalt, den die Regierung immer noch einwendet, ist ja noch wirklich nur ein juristischer Zwirnsfaden für politische Entscheidungen völlig gegenteiliger Art. Worauf es uns ankommen muß, ist doch die Frage, ob wir die Selbstbestimmung unter Vorbehalt des Friedensvertrages materiell in unserer Erklärung offenhalten.

Und damit komme ich zu dem anderen Punkt „Gewaltverzicht und Grenzen“. Hier geht es gar nicht um die Frage, ob die größte Schwierigkeit im Zeitpunkt besteht, wie von Ihnen gesagt wurde, sondern darin, ob der vorhandene Sachgegensatz zwischen unseren Auffassungen und der sowjetischen Auffassung überbrückt werden kann. Der Sachgegensatz besteht darin, daß in der amtlichen Äußerung der Bundesregierung in der Hauptsache steht, Kernpunkt des Vertrages ist der Gewaltverzicht nach Art. 2. Gromyko hat vor dem Obersten Sowjet erklärt, Angelpunkt des Vertrages ist die territoriale Frageregelung nach Kapitel 3.<sup>45</sup> Noch krasser kann doch der Gegensatz

---

45 Zu den Ausführungen Gromykos vor den außenpolitischen Ausschüssen des Obersten Sowjet vgl. EUROPA-ARCHIV 1972 D309–D314; „Süddeutsche Zeitung“ vom 13. April 1972 „Gromyko warnt Bonn eindringlich vor einer Ablehnung des Vertrages“. Vgl. auch die Dis-

nicht sein. Und das kann man nicht mit Worten, auch nicht mit Vorbehalten der Vier Mächte überwinden, sondern das muß politisch klargemacht werden. Freund Köppler, das meinen Sie nicht mit neuer Schwelle? Ich möchte nur heute sagen, daß ich Anlaß habe, diese Punkte noch einmal zu betonen, obwohl sie in unserer heutigen Entschlie-ßung nicht drin stehen. Dann ist das keine neue Schwelle. (*Zwischenruf*: Aber bei Westfalen steht es drin, nicht? Lesen Sie mal den letzten Satz!) In unserer heutigen Entschlie-ßung steht das, was wir doch meinen, und das möchte ich noch einmal hervor-gehoben haben. Damit komme ich zu einem Punkt, der mir ernstliche Sorge berei-tet. (*Diskussion und Unruhe.*) Dann ist es im Bundestag vorbei mit beiden Verträgen und dann wird von sowjetischer Seite noch mehr an Druck ausgeübt oder noch mehr an politischer Entscheidung der deutschen Wiedervereinigung entgegen getroffen. Und von da aus haben Sie eine gewisse Relativierung unserer Betrachtung vorgenom-men, ob es nicht das kleinere Übel oder die bessere Methode des Offenhaltens sein könnte, vielleicht doch ein Ja zu sagen, um damit das Gespräch mit den Sowjetrussen überhaupt noch offen zu halten und andernfalls es nicht mehr ermöglicht zu sehen.

Ich habe das herausgehört. (*Von Weizsäcker*: Die Alternative ist entweder diese Entschlie-ßung im Bundestag rechtskräftig zu machen oder nach Scheitern der Verträge die Wahlen zu verlieren. Und das auf die Offenhaltung der deutschen Frage zu be-ziehen.) Ob richtig oder falsch verstanden, ich möchte solche Erwägungen jedenfalls in meine Erörterungen jetzt einbezogen haben und Ihnen letztlich selbst unter Andro-hung von Gefahren, die da oder dort doch eine Rolle spielen, auch im eigenen Bemü-hen, auch unter Androhung solcher schwierigeren, schwerwiegenderen Entwicklun-gen, ausdrücklich widersprechen, weil da in der Tat am Ende die Entscheidung nämlich lautet, dem objektiven Teilungscharakter der Verträge zuzustimmen, was wir nach draußen mit Sicherheit nicht sagen werden, was aber doch vor uns selbst aus-gesprochen deutlich ist und wir schon aus einer moralischen Kategorie einfach nicht können.

Ich widerspreche Ihnen jetzt nicht mehr, Herr Dr. von Weizsäcker, persönlich, Sie haben ja gesagt, das sei alles anders zu verstehen oder ich habe es falsch verstanden, ich gebe das gern zu, aber ich spiegele, glaube ich, nur etwas wider, was da oder dort doch eben auch erörtert wird. Aus diesem Grunde möchte ich hier das noch einmal für mich jedenfalls klargelegt haben und auf diese Weise auch deutlich machen.

*Kraske*: Herr Seiters, darf ich vielleicht eben die restliche Rednerliste bekannt-geben, dann sind Sie im Bilde? Herr Seiters, Herr Birrenbach, Herr Lemke, Herr Stingl und Herr von Hassel. Um 17.00 Uhr wollten wir Schluß machen, wenn wir es erreichen können. Wir haben es nicht erreicht, aber mindestens Herrn Dr. Barzel die Gelegenheit gegeben, sich vielleicht ein bißchen nur auf seine nächsten Sitzungen vor-zubereiten.

*Seiters*: Ich hatte mich zu Wort gemeldet, (*Starke Unruhe.*) weil in einer bestimmten Phase geäußert wurde, es käme weniger entscheidend auf den Text der Verträge an,

---

kussion im Auswärtigen Ausschuß am 13. April 1972 in AUSWÄRTIGER AUSSCHUSS S. 1519–1522, 1528–1534.

sondern es käme darauf an, eine Situation zu schaffen, aus der heraus wir so schnell wie möglich in die Regierung zurückkehren könnten. Herr Lorenz hatte das so angedeutet. Das würde ich in der Tat für falsch halten. Denn wenn wir einen Text mit einer solch tiefen Schwelle für unsere Forderungen und Bedingungen verabschieden, daß darunter die Glaubwürdigkeit der CDU leidet, dann sehe ich auch nicht, wie wir von dieser Position heraus schnellstmöglich wieder in die Regierung zurückkehren könnten. Von daher möchte ich sagen, ich will bei dieser Entschließung kein Alibi für ein widerstrebendes Ja zu den Verträgen, sondern ich möchte in der Tat eine möglichst deutliche Klarstellung haben, die nichts Unzumutbares fordert vom anderen, wohl aber uns an unseren Grundsätzen und Prinzipien festhalten läßt. Denn wir haben immerhin zwei Jahre lang, bis vor 14 Tagen, noch nicht vorgedacht, wir lehnen Verträge ab, die auf unseren Grenzverträgen beruhen, sondern Sie haben auch gesagt, wir lehnen Verträge ab, die von den beiden vertragsschließenden Parteien unterschiedlich ausgelegt und interpretiert werden. Von daher kommt es in der Tat sehr stark auf den Text an und zweitens auch auf die Reaktion der sowjetischen Regierung.

Und lassen Sie mich ein Wort sagen zu den vertrauten Positionen. Sicherlich haben alle diejenigen recht, die sagen, daß es sehr schwer verständlich ist, draußen im Volk diesen einen oder diesen anderen Punkt zu begründen und als entscheidend auszugeben. Ich glaube aber, daß wir beim Verkauf unserer Position am besten dastehen, wenn wir die Regierung festhalten und festnageln an den Worten, die sie uns selbst gesagt hat.

Das wird draußen sehr wohl verstanden. Dieser Satz ist ganz entscheidend für uns und für die Möglichkeit, unsere Position nach draußen zu vertreten. Und bei allem Respekt vor dem, was hier von Neuwahlen und Konsequenzen gesagt worden ist, ich meine in der Tat, in einer Frage der Glaubwürdigkeit der Partei ist die Angst vor Neuwahlen ein ganz schlechter Ratgeber.

*Kiesinger:* Sie haben gesagt, wir hätten immer gesagt, wir lehnen Verträge ab, die von beiden Seiten verschieden interpretiert werden. Das ist richtig. Das haben wir gesagt, das habe auch ich sehr oft gesagt. Ich möchte nur auf einen Unterschied hinweisen. Sachlich inhaltlich bin ich mit dem einig, was der Vorsitzende hier vorgetragen hat. Es ist aber natürlich etwas anderes, wenn wir einen Weg gehen – man sollte den Ausdruck Vorbehalt hier weglassen, weil Vorbehalt völkerrechtlich nur bei multilateralen Verträgen möglich ist, deswegen ist der Terminus technicus Vorbehalt hier falsch – wenn wir einen Weg gehen, bei dem in der Tat eine verschiedene Auslegung der Verträge übrig bleibt. Etwas anderes werden und könnten wir niemals erreichen, also eine Bestätigung und Zustimmung in dem Sinne, daß die Sowjetunion sich unsere Rechtsauffassung zu eigen macht. Das ist eine reine Illusion.

Wenn wir also etwas erreichen wollen, dann werden wir natürlich, und zwar das meiste – wenn wir viel erreichen wollen – nur erreichen, wenn wir etwas einseitig, und jetzt nehme ich das Wort von Herrn Dregger auf, die Sache völkerrechtlich relevant machen. Und dies kann man nicht mit Vorbehalt bezeichnen, sondern mit Rechtsverwahrung oder mit einer Resolution, die unsere Auslegung der Verträge im Sinne Offenheit in der deutschen Frage usw. klarstellt. Das kann man noch unter die Formel

bringen, die Herr Barzel gebraucht hat „verbindlich machen“. Noch präziser, aber vielleicht politisch im Augenblick besser ist die Formel, die Herr Dregger gebraucht hat, eine „relevante Lage“ schaffen. Das ist der Unterschied, darauf möchte ich nur in diesem Zusammenhang hingewiesen haben. Wir machen uns also dadurch nicht unglaubwürdig. In der Sache selbst kann die CDU unmöglich abrücken von dem, was sie prinzipiell gesagt hat in ihren entscheidenden Bedenken. Unsere Aufgabe ist es eben zu prüfen, ob es eine gemeinsame Erklärung gibt, bei der diese entscheidenden Bedenken voll ausgeräumt sind oder, soll ich sagen, so weit reduziert sind, daß wir uns, wenn auch immer noch mit Bedenken zu einem Ja entschließen könnten. Ich glaube, wir machen es uns schwer, wenn wir immer in unbestimmten Formulierungen verweilen. Deswegen die Intervention eben zu der Äußerung, die Sie getan haben.

*Birrenbach:* Herr Barzel hat hier gesprochen von rechtlich verbindlich und Herr Dregger von relevanter Lage. Ich möchte eine Bemerkung von Herrn Czaja aufnehmen, die in einer anderen Form Gegenstand eines Briefes ist, den ich heute morgen dem Vorsitzenden der Fraktion vorgelegt habe.<sup>46</sup> Ich habe gesagt, meine Beurteilung ist die unterste Stufe dessen, was mir überhaupt in dieser Lage in der Beurteilung der außenpolitischen Seite alleine möglich war. Die Entschließung müßte einen zweiten Teil haben. Dieser zweite Teil mit dem Wortlaut: „Die Bundesregierung wird aufgefordert, die vorstehende Entschließung, für den Fall X und X von den Verträgen, bei der Überreichung der Ratifikationsurkunden an die Regierung der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen zur Kenntnis zu bringen.“ Damit würde die Annahme der Vertragstexte in den Bundestag eingestellt. Es könnte sich also nur um einen Ratifikationsvorgang handeln, der die Annahme der Verträge nach Maßgabe der Resolution modifiziert. Jetzt kommt es natürlich ganz entscheidend darauf an, was die Sowjetunion macht. Nun hat der Vorsitzende vorgeschlagen, den Wortlaut der sowjetischen Anforderung zu lesen. Da heißt es also, erstens Bestätigung des Empfangs und zweitens Kenntnisnahme von der Mitteilung. Ich fasse das so zusammen.

Für meine Begriffe müßte, wenn das relevant sein sollte, die Entgegennahme dieser zweiseitigen Resolution des Bundestages, Übergabe der Ratifikationsurkunde über den deutschen Botschafter in Moskau bzw. in Warschau akzeptiert werden. Und zwar durch eine formelle Erklärung, die den Charakter der Verbindlichkeit hat. Ich sehe nun einmal diese Note. Wenn man die Note ansieht, dann kommt man zur Überzeugung, daß hier lediglich etwas ähnliches zum Zuge käme, wenn auch etwas darüber hinaus, wie es beim Brief der Deutschen Einheit geschehen ist. Zum Brief der Deutschen Einheit hat der sowjetische Außenminister in der Ratifikationsdebatte allerdings gesagt, das ist die einseitige Meinung der westdeutschen Seite.

Was könnte man tun, um dieser Note in ihrem Wortlaut einen gewissen Charakter der Verbindlichkeit zu geben? Ich werde erst das Optimale sagen und dann das weniger Optimale.

Optimal wäre Zustimmung. Das wird man nicht erreichen. Oder zu sagen, ohne Widerspruch. Wenn das in einer Note der Sowjetunion stünde, sie nähme von dieser

---

46 Brief Birrenbachs vom 14. Mai 1972 in ACDP 01–433–142/3.

Mitteilung ohne Widerspruch Kenntnis, dann hätten wir ein großes Stück erreicht, ohne jedoch daß etwa diese Resolution für die Sowjetunion verbindlich wäre. Sie wäre aber nicht mehr in der Lage zu argumentieren, daß praktisch ihre Interpretation als solche die des Vertrages sei. Da stehen sich zwei Interpretationen diametral gegenüber. Ein echter Vertragskonsensus läge vor, und zwar in dem Akt der Übergabe der Ratifikationserklärung. Diese Frage ist ebenso bedeutsam wie die zweite, nämlich das Lichtwunder. Bundestagstheoretisch sollen von der Bundesrepublik, d. h. des Staates, das ist eine ganz andere Ebene, diese beiden Momente zusammengenommen werden mit der Notifizierung, die die Bundesregierung durch die Sowjetunion bzw. die Regierung in Warschau erteilt, das gäbe allerdings einen Tatbestand, aus dem sich ergäbe, daß die deutsche Zustimmungserklärung modifiziert wäre.

Nun werden Sie sagen, was passiert, wenn die Sowjetunion nein sagt. Dieser Vorgang müßte natürlich vorher besprochen werden mit der sowjetischen Regierung, nicht etwa nachher. Also vor der Übergabe der Ratifikationsurkunde, vor der endgültigen Abstimmung im Bundestag, ob man diese Antwort bekommt, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich möchte nur auf den rechtstechnischen Charakter und die Möglichkeit in die Instrumentalität dieser Rechtsform hinweisen.

Wenn die Bundesregierung annimmt, daß wir wirklich mit ihr *pari* im Bundestag stehen, wenn sie zu der Auffassung käme, daß die Fraktion unsererseits ihre völlige Einmütigkeit klarmachen müßte, dann kann ich mir vorstellen, daß die Sowjetunion zu etwas Ähnlichem bereit wäre. Und ohne diesen letzten Versuch zu machen, muß ich Ihnen sagen, meine Meinung war verbindlich aus einem Grunde – wir sind zufällig nicht an der Regierung, so daß dieser Weg nicht gangbar ist – dieser letzte Versuch wäre – wie ich mich in meinem Brief an den Fraktionsvorsitzenden ausgedrückt habe – der letzte Gang aller Vorschläge.

Ich wiederhole, mein jetziger Vorschlag wäre der allerletzte Gang, wenn uns innerparteiliche oder andere schwerwiegende Gründe einen anderen Weg nicht gangbar erscheinen lassen sollten. Das ist bis Sonnabend meine Meinung noch nicht.

Ob das meine Meinung danach sein wird, kann sein. Ich möchte Sie nur auf diese Frage hinweisen, die gar nicht technisch ist, sondern die an die Essenz der ganzen Sache geht und auch an unsere Position.

*Lemke:* Ja, ich kann mich kurz fassen. (*Unruhe.*) Was richtig ist und was völkerrechtlich relevant ist, ist die Voraussetzung, sonst sagen wir lieber nein. Wenn wir aber irgendwie erreichen, daß durch die Entgegennahme der Erklärung – dazu bin ich völkerrechtlich nicht genug geschult im Augenblick – mit einem Minimum einer völkerrechtlichen Relevanz auskommen, dann meine ich, sollen wir den Weg gehen, dann könnten wir nämlich, wenn wir nochmals an die Regierung kommen, mit dem Vertrag zurechtkommen. Sonst kommen wir nie mit dem Vertrag zu Recht. Dieses Minimum an völkerrechtlicher Relevanz muß das Ziel sein. Im übrigen darf ich an die Frankfurter Regelung von 1871<sup>47</sup> erinnern. Da hat die deutsche Reichsregierung bei den

---

47 Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich vom 10. Mai 1871. Text im Internet: <http://www.documentArchiv.de/ksr/1871/frankfurter-friedensvertrag.html>.

Franzosen interveniert, als sie mal wieder davon sprachen, sie wollten Elsaß-Lothringen wiederhaben. Ich wollte das ausdrücklich gesagt haben, damit ich richtig verstanden werde. Es muß uns also erlaubt sein, möglichst von diesen beiden Punkten in Zukunft zu reden. Darf ich ein anderes sagen? Die Franzosen haben dann einen Pakt oder was sehr schnell abgeschlossen und haben dann trotz oder wegen des Vertrages sehr bewußt ihre Politik weiter betrieben. Das war 1871, können Sie in den außenpolitischen Mitteilungsblättern der Reichsregierung alles klar lesen, was ich gesagt habe. Alles ein Vorgang in der Geschichte.

*Stingl:* Sie können sich denken, daß manches an mich herangetragen wird, was unmittelbar aus CSU-Kreisen kommt, weil ich ja sogar exterritorial bin, nicht im Bereich, wo die CDU tätig ist, so daß ich also mit sehr vielen anderen verantwortlichen Menschen sprechen kann.

Ich kann daraus eindeutig feststellen, daß in den letzten Wochen das Verhalten der CDU sehr viel Nachdenklichkeit, auch bei den Befürwortern der Verträge hervorgerufen hat. Sehr viel Nachdenklichkeit. Insbesondere hat Barzel dort sehr gewonnen. Die SPD hat übrigens, was wir meiner Meinung nach zu wenig herausstellen, durch die Methode volksdemokratischer Abstimmung sehr verloren. Das Nicht-Hingehen zur Urne, das muß mehr herausgestellt werden.

Sollte es trotz aller Anstrengungen – die ich auch wünsche und begrüße, die heute noch gemacht werden sollen – zu einer gemeinsamen Sache unter Umständen auch bei den oder jenen mit Abstrichen, aber zu einer gemeinsamen, völkerrechtlich relevanten Sache nicht kommen, dann genügt nicht mehr das „So nicht“. Dann muß die CDU auch etwas vorlegen, d. h., „Aber so“. Das, was Sie vorhin sagten über eine Empfehlung, muß dann als Entschließung vorgelegt werden von der CDU, wobei ich sogar noch meine, daß es dann eine Chance gibt, für diese Entschließung Stimmen aus der Koalition zu gewinnen. Das müssen Sie in der Fraktion einmal bereden, ob bei einer Entschließung die Berlin-Stimmen zählen oder nicht, oder wie das sein müßte. Aber es genügt nicht, nur das Nein zu sagen, sondern dann muß ein Antrag vorgelegt werden, „So wollen wir es“. Das wäre, wenn es angenommen wird, für uns dann eine Möglichkeit, den Verträgen zuzustimmen. (*Unruhe und Diskussion.*) Bei den Vertriebenen wird mehr und mehr darüber Klage geführt, daß wir immer nur Fragen der Grenzen behandeln, daß Brandt zwar gesagt hat, er wolle die Vertreibung nicht länger negieren, aber daß man über die Legalisierung der Vertreibung kein Wort verliert, daß man von den Dingen nichts mehr sagt, das muß auch die CDU zugeben.

*Von Hassel:* Zunächst habe ich hohen Respekt vor Äußerungen, die hier gefallen sind, die nicht meine Meinung teilen. Ich selber bin der Auffassung, die der Vorsitzende vorgetragen hat und ganz besonders Herr Dr. Kraske. Ich meine, daß wir ins Gedächtnis rufen müßten, wie wir eigentlich vor einer Woche oder vor 14 Tagen angefangen haben, als wir das konstruktive Mißtrauen einbrachten, daß wir nämlich Zeit gewinnen wollten, mit einer anderen Regierung über die Verträge und alles was dazu gehört, neu zu sprechen. Das war der Grund, weshalb wir diese Regierung ablösen wollten.

Wir haben zwar nicht die Zeit gewonnen, die wir brauchen, sondern sehr viel mehr.

Wir haben bislang eine Woche Zeit gehabt. Und nach den Gesprächen, die ich in der vorigen Woche, besonders am Freitag und am Sonnabend mit Freunden führen konnte, die die Verhandlungen in der Kommission führten, hatte ich den Eindruck, daß wir im Grunde genommen erstens die Sozialdemokraten dazu bekommen haben, daß sie ernsthaft über unsere Argumente nachdenken und zweitens, daß weiterhin unsere Papiere übernommen worden sind. Über die Differenzen haben wir uns heute noch unterhalten. Dazu braucht nichts hinzugefügt zu werden, was noch geregelt werden muß.

Insofern also glaube ich, daß wir das, was wir mit dem konstruktiven Mißtrauen vorhatten, nämlich Zeit zu gewinnen, um die Verträge zustimmungsfähig zu machen, im Grunde genommen relativ gut haben nutzen können. Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, daß das, was mir mein Freund Hasselmann z. B. vor drei Tagen sagte, daß die Stimmung in seinem Lande nach meinen Erkenntnissen der letzten 48 Stunden eigentlich überall gilt, nämlich, daß man in Kreisen der CDU in der Führung der Länder bis herunter zu all denen, die sich äußern, immer wieder der Meinung ist: Versucht eine vernünftige Regelung zu finden. Daß sich dagegen lediglich, so Hasselmann, eine kleine Minderheit wendet von Menschen, die in den letzten Wochen oder Monaten zu uns gekommen sind und die im wesentlichen aus den Gruppen ganz rechts außen stammen, nachdem wir hier dieses harte Nein gesagt haben, und einige aus den Reihen der Vertriebenen. Aber, so Hasselmann, selbst diese kleine Minderheit will nicht, daß wir durch ein Nein, wir, die CDU/CSU, Schaden nehmen.

Nun finde ich, daß die Diskussion bisher, sowohl im Präsidium als auch hier im erweiterten Vorstand, gut gelaufen ist. Daß jeder bereit ist, bis zum äußersten zu reizen, um diesen gemeinsamen Weg zu finden. Und daß heute keiner gesagt hat, nein oder ja, denn damit würden wir die Verhandlungsposition für Barzel und die Seinen erschwert haben. Insofern finde ich, daß das Ergebnis hier gut gewesen ist.

Aber ich möchte als einer, der nun weiß Gott Wahlkämpfe geführt hat, Ihnen sagen, aus dem, was ich von Sozialdemokraten höre – und bei mir gibt es immer noch eine gewisse Gesprächsmöglichkeit –, darauf zu spekulieren, daß sie etwa, weil eine Reihe noch keine Pensionsregelung haben, Neuwahlen scheuen, daß diese Spekulation völlig falsch ist. Wer das so anlegt, seine eigenen Überlegungen, und meint, wir könnten das riskieren, der wird sein blaues Wunder erleben. Sie werden sich darum nicht kümmern, werden aus eigener Tasche so lange diese Versorgung bezahlen, bis sie mit der Mehrheit das durch ein Gesetz nachher wieder auf den Staat abwälzen können.

Wer aber den Wahlkampf so erlebt hat wie wir in Baden-Württemberg oder z. B. der Parteivorsitzende etwa in Freiburg, kann sich vorstellen, was das nachher bedeuten würde. Ich selbst muß sagen, ich werde bei Gelegenheit mich dazu äußern.

Aus gutem Grunde haben wir doch nicht die Selbstauflösung eines Bundestages vorgesehen im Grundgesetz. Die Selbstauflösung würde doch nur erfolgen in einer Krise. Und in einer Krise – beispielsweise 1966 wäre es zu dieser Selbstauflösung möglicherweise gekommen – und in jeder Krise wird eine Neuwahl nur von Demagogen und von der Straße bestritten, und da haben wir doch wirklich ein Erlebnis gehabt, das vielleicht am besten dadurch geschildert wird, daß nach dem schief gegangenen Mißtrauensvotum vor der Fraktion der SPD die jungen Leuten mit Ho-Chi-Minh-Klat-

schen<sup>48</sup> Herrn Brandt empfangen haben. Das ist doch die Situation, in der wir antreten müssen. Und deshalb meine ich, daß alle doch diese Überlegung noch mal sehr durchdenken müssen, ob wir nicht im Grunde genommen auf dem Wege sind, das Ziel, das wir uns mit dem konstruktiven Mißtrauen gesetzt haben, Zeit zu gewinnen und die Zustimmungsfähigkeit dieser Verträge, die wir alle als entsetzlich empfinden, aus dem Auge zu verlieren. Aber wenn wir sie so entsetzlich finden, daß wir sie ablehnen und nachher auf Jahre hinaus die nächste Wahl verlieren, dann ist doch niemandem dabei gedient. Deshalb meine ich, daß man das hier noch einmal am Schluß zusammenfassen sollte.

*Kraske:* Wir haben noch zwei neue Wortmeldungen. Darf ich Sie um Ihr Einverständnis bitten, daß wir nunmehr versuchen, um 17.30 Uhr die Sache hier abzuschließen, damit wir dann rechtzeitig in die Fraktion kommen können?

*Heck:* Meine Damen und Herren, ich bin ja zu dieser Sitzung eingeladen als der Berichterstatter für diesen Vertrag für den Auswärtigen Ausschuß, und ich glaube, es ist für den Vorstand doch sinnvoll, wenn er zur Kenntnis bekommt, welches die Gemeinsamkeit der CDU jetzt am Ende dieser Beratungen über diesen Vertrag gewesen ist. Ich lese deswegen am besten die Zusammenfassung hier vor: „Zusammenfassend kam die Minderheit im Ausschuß zu folgender Wertung des Moskauer Vertrages:

Die Sowjetunion versteht und interpretiert diesen Vertrag offensichtlich von ihrer anderen Zielsetzung und von ihren anderen Rechtsauffassungen her anders als die Bundesregierung. Für die Sowjetunion ist dieser Vertrag der Erfolg ihrer konsequent durchgeführten Deutschlandpolitik und entspricht den gemeinsamen Zielsetzungen der Warschauer Paktmächte. Danach bewirkt der Vertrag eine völkerrechtliche Legalisierung des Status quo, der sogenannten in Europa bestehenden wirklichen Lage. Er legt der Bundesrepublik Deutschland die völkerrechtlich verbindliche Pflicht auf, diese ‚bestehende wirkliche Lage‘ als Grundlage für eine Politik anzuerkennen, deren Ziel es ist, auf dieser Grundlage die Normalisierung der Lage in Europa anzustreben. Der Vertrag schafft dafür die völkerrechtlich anerkannte territoriale Grundlage, ohne daß damit gleichzeitig völkerrechtlich die deutschen Grenzen im Sinne eines Friedensvertrages sozusagen im Vorgriff geregelt würden. Damit bleibt zwar die deutsche Frage völkerrechtlich in bezug auf einen Friedensvertrag formal offen; sie wird jedoch in der Sache ebenso völkerrechtlich verbindlich auf eine Normalisierung der Lage in Europa auf den Status quo hin zementiert.

Angesichts der Tatsache, daß nicht ersichtlich ist, daß die Sowjetunion die Ziele ihrer Deutschlandpolitik geändert hätte, Ziele, wie sie im Potsdamer Abkommen und in der sowjetischen Politik seit 1945 ihren Ausdruck gefunden haben, und angesichts der Tatsache, daß die Bundesregierung nach wie vor das entgegengesetzte Ziel verfolgt, nämlich die staatliche Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung herbeizuführen, sieht die Minderheit in diesem Vertrag mehr eine Bestätigung der

---

48 Ho Chi Minh (1890–1969), vietnamesischer Revolutionär; Symbolfigur für die APO und die Studentenbewegung.

sowjetischen Deutschlandpolitik und der völkerrechtlichen Zementierung der Erfolge dieser Politik als eine Basis für eine Normalisierung der Verhältnisse in Europa. Die Minderheit ist deswegen zur Überzeugung gekommen, daß dieser Vertrag künftighin eher Anlaß für neue Spannungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR geben würde und daß die Verantwortung der Bundesrepublik für die Sicherheit und die Interessen des ganzen deutschen Volkes ohne diesen Vertrag besser wahrgenommen werden können.<sup>49</sup>

Ich muß dazu noch ein zweites sagen: Als wir schon ziemlich am Ende unserer Beratungen angekommen waren, ist bekannt geworden, was Herr Gromyko auf sehr präzise Fragen in der außenpolitischen Kommission des Obersten Sowjet gesagt hat.<sup>50</sup> Das ist in einem ganz außergewöhnlichen Verfahren zum erstenmal, so wie ich informiert worden bin, seit es die Sowjetunion gibt, daß Beratungsergebnisse, d. h. der Ablauf der Beratungen aus dieser Kommission, fast weltweit kommuniziert worden sind und daß hier nicht etwa der Welt bekannt gegeben wurde, was tatsächlich gesagt worden ist. Und hier hat Herr Gromyko gesagt, der Vertrag wäre für die Sowjetunion einfach sinnlos, wenn sich sein Inhalt auf die Verpflichtung der Vertragspartner beschränken würde, auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung zu verzichten. Herr Scheel hat zu diesem Wortlaut erklärt, er unterstreiche von diesem Satz jedes Wort.

Der letzte Satz heißt: „Die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Ländern ist nur auf der Grundlage der Anerkennung und Respektierung der europäischen Realitäten durch die Bundesrepublik möglich.“ Auch zu diesem Satz hat Herr Scheel erklärt, er unterstreiche jedes Wort.

*Kraske:* Ich habe den Eindruck, daß dieses ein Anlaß wäre, um die Debatte von neuem zu eröffnen, wenn wir das zu einem früheren Zeitpunkt hier gehört hätten, aber die Zeit ist so weit fortgeschritten, daß wir diese Diskussion eher in die Bundestagsfraktion verlegen müssen.<sup>51</sup> Ich bitte um Verständnis dafür, aber ich sehe, daß ich dafür Ihre Zustimmung finde, da wir in der Tat alle um 18.00 Uhr an der Fraktionssitzung teilnehmen wollen.

Es liegt jetzt noch eine letzte Wortmeldung vor vom Herrn Ehrenvorsitzenden.

*Kiesinger:* Ich wollte mich zu Herrn Birrenbach vorhin zurückmelden, das ist mehr eine Auseinandersetzung unter Juristen gewesen, wir haben inzwischen draußen miteinander gesprochen und festgestellt, daß wir in der Sache nicht uneins sind.

*Kraske:* Meine Damen und Herren, ich bedanke mich und schließe die Sitzung. Sie haben gehört, daß diejenigen Mitglieder, die nicht Mitglieder der Bundestagsfraktion sind, noch mal hier eingeladen sind zu der Sitzung der Bundestagsfraktion, was, wie

---

49 Zum schriftlichen Bericht des Auswärtigen Ausschusses vom 28. April 1972 vgl. BT-Drs. VI/3397

50 Vgl. Anm. 45.

51 Am 15. Mai 1972 fand keine Sitzung der Fraktion, sondern des Fraktionsvorstandes statt, zum Verlauf GRAU S. 346f. Eine handschriftliche Aufzeichnung zur Sitzung von Franz Amrehn findet sich in ACDP 01–295–032/1, hier ist als Sitzungsbeginn allerdings 17.00 Uhr vermerkt.

mir neulich Herr Dr. Barzel gesagt hat, selbstverständlich für Mitglieder des Bundesvorstands eine generelle Einladung bedeutet, auch außerhalb solcher kritischen Zeiten.<sup>52</sup>

---

<sup>52</sup> Ergebnisprotokoll der Sitzung in ACDP 07-001-924; CDU Presse Mitteilungen vom 16. Mai 1972.